

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphen-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 13. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Mussolini amnestiert seine Mordgesellen.

Der Hauptzweck des Attentatschwindels erfüllt.

Die Telegraphen-Union meldet aus München: Wie das hiesige italienische Generalkonsulat...

Rossi und Filippelli sind nämlich die beiden Hauptbeteiligten an der Ermordung Matteottis...

Es entwickelt sich also alles programmäßig, genau so, wie wir es bei der ersten Kunde des 'Komplots'...

Filippelli und Rossi Anklagen gegen Mussolini.

Jetzt ist der Augenblick gekommen, die Denkschrift Filippellis und den offenen Brief Rossis wieder ans Licht zu bringen.

Die Denkschrift Filippellis lautet in ihren wesentlichen Teilen wie folgt:

'Ungewöhnlich geworden fragte ich nach dem, was geschehen sei und er antwortete mir, daß er auf Grund genauer Befehle von Rossi und Marinelli gehandelt hätte...

Sehr in Sorge, aber unfähig, eine feste Entscheidung zu treffen, hat ich Duilio, während der Nacht das Auto in seiner Garage zu behalten...

Da ich über die Nachricht vom Verschwinden des Abgeordneten Matteotti beunruhigt war, suchte ich trotzdem am nächsten Tage, Mittwoch, sofort nach Rossi...

Am Mittwoch morgen, während ich Rossi suchte, suchte er mich dringend, um mir zu sagen:

- 1. daß Dumini gemeldet hatte, er hätte sich des von mir in gutem Glauben geborgten Autos bedient; 2. daß die Sache ernst war; 3. daß der Präsident Mussolini alles wählte; 4. daß er (Rossi) und Marinelli Befehle erteilt hätten...

Diese Erklärungen Rossis erhoben mich einer formellen Anzeige trotzdem hielt ich es für zweckmäßig, an demselben Tage (Mittwoch) De Bono, Finzi, Marinelli und andere zu benachrichtigen...

- 1. daß das Opfer von Duminis Anschlag der Abgeordnete Matteotti war; 2. daß der Befehl, ihn zu beseitigen, von der Triakla der faschistischen Partei ausgegangen war; 3. daß die Besichtigung der Verbrechen Matteottis selbst bekannt waren; 4. daß sie im Laufe des Mittwoch mit Mussolini besprochen hatten; 5. daß Mussolini die Papiere und den Puh des Abg. Matteotti als Beweis seiner Befehligung erhalten hatte; 6. daß man Ruhe behalten müsse...

6. Fiehte er mich an, zu vermeiden, daß das tragische Auto, das ich mit dem üblichen edelmütigen Glauben geliefert hatte, endbesten würde. Eine Staatsangelegenheit, das Regime in Gefahr, wiederholte man mir, Mussolini riefere die Regierung und den Kopf.'

In dem Offenen Brief Cesare Rossis, des damaligen Pressesekretärs der italienischen Regierung, heißt es:

'Alles, was geschehen ist, ist entweder auf direkten Willen des Herrschers (Mussolini) oder mit seiner Billigung oder unter seiner Mitwirkung geschehen. Ich beziehe mich hier auf die Richtigstellung Amendolas (früheren Ministers unter Nitti, der übrigens vor kurzem ein zweites Mal überfallen und schwer verletzt wurde. Red. d. 'Vorwärts'), die ohne mein Wissen von Mussolini angeordnet wurde und die De Bono von Candelera (einem Offizier der römischen Wache) ausführen ließ, auf den Überfall auf Mussolini (Mittwoch) faschistischen Abgeordneten, den De Bono auf Anregung Mussolinis organisiert hat; auf den Anschlag auf Totari, den Mussolini sehr auferregt direkt bei mir bestellt hat und den ich im Einklang mit Dumini organisierte... auf die

Zerstörung der katholischen Vereine in der Birnaza, die Mussolini bei dem Abgeordneten Magali bestellt hat und dann so freundlich war, mir in die Schuhe zu schieben. Ich füge hinzu, das Fascioni (der Privatsekretär Mussolinis) Tag für Tag und die lokalen Fasci die Namen der Spender für die Sammlungen zugunsten des 'Boce Republicana', des 'Avanti', der 'Giustizia', der 'Unita', der 'Italia liberata' usw. zu senden hatte, damit die Unterzeichner mit Rizinusöl und Stacheln traktiert wurden. Ich beziehe mich weiter auf die Abwendung nach Frankreich von Dumini, Volpi, Volato, mit gefälschten Pässen, die der General De Bono geliefert hatte, mit Geld von Finzi, das in Gegenwart des Abgeordneten Boffionini ausgezahlt wurde; die Reise hatte den Zweck, den in Frankreich getöteten Faschisten Geri zu rächen.

Der Überfall auf Finzi (dissidenten Faschisten) hat folgenden Ursprung: Eines Nachmittags wurde ich durch Mussolini telephonisch dringend in den Palazzo Chigi gerufen und fand den Präsidenten in einem Zustand wahnsinnigster Wut und Aufregung wegen Formis Rede in Triesta... Er brüllte mir mehrmals zu, daß der Faschismus gar keinen Instinkt der Selbstverteidigung hätte und daß es ihm immer zulete, den Norm zu geben. Auf einmal rief er aus: 'Aber was tut Dumini?' Und dann erging er sich in einigen Unflätigkeiten, die zu seinem täglichen Wortschatz gehören.

Bei einer anderen Gelegenheit, als von einer neuen Rede Mussolinis die Rede ist (es war das nach dem ersten Attentat auf diesen Abgeordneten) sagte Mussolini: 'Diesmal muß man den Halsen aber

wieftlich umbringen,' worauf De Bono bemerkte mit gefälligem Lächeln: 'Dorüber wollen wir uns aber erst ins Einvernehmen setzen. Wenn wir ihn umbringen, dann besser vor als nach der Rede, so ersparen wir uns den Schaden der Spekulation der Gegner.'

In unserer ersten Ausgabe nach den ersten Nachrichten über das 'ausgedeckte Komplott' am 6. d. M. schrieben wir:

'Für uns besteht bis zur Erbringung des Gegenbeweises zwischen dem 'Attentatsplan' der Zaniboni und Cappello und dem drohenden Matteotti-Prozess ein offenkundiger Zusammenhang.

Daß Mussolini ermordet werden sollte, ist im höchsten Grade zweifelhaft, daß er ein Mörder ist, steht außer Zweifel!'

Dabei bleibt es!

Erweiterung der Diktaturbefugnisse.

Rom, 12. November. (WIB.) Die Kammer ist zum 18. November einberufen worden. In der ersten Sitzung wird die Regierung mehrere Gesetzentwürfe einbringen, darunter einen über Maßnahmen gegen die Auswanderer und einen über die Befugnisse und den Machtbereich des Chefs der Regierung. Dem Senat wird ein Gesetzentwurf über eine korporative Reform des Senats zugehen.

Geist und Ergebnis.

Rückwirkungen und Auswirkungen von Locarno.

Die Erörterung der Konferenz und des Vertrages von Locarno hat sich im Ausland vor allem um den 'Geist', die 'Gesinnung', um die nunmehr einzuschlagende Richtung der europäischen Politik gedreht. In Deutschland stehen mehr die 'Rückwirkungen', die unmittelbaren praktischen Ergebnisse im Vordergrund der Debatte. Das liegt z. T. daran, daß Deutschland ein unmittelbares 'Interesse' daran hat, seine und namentlich des Rheinlandes Lage erleichtert zu sehen, während für die andere Seite zunächst einmal der Wandel der Gesinnung und der Ausdruck, den sie in Kundgebungen europäischer Gemeinschaftspolitik findet, die Hauptsache und das Neue sind. Dieser Unterschied der Einstellung zum Friedenswerk von Locarno ist keine Klust, die, wie die deutsch-nationale Presse es gern haben möchte, Deutschland von den anderen Mächten abgrundtief trennt; sondern sie ist eine natürliche Verschiedenheit, die sich im Laufe der Zeit abschwächt. Nach den bitteren Erfahrungen Deutschlands mit der Machtpolitik der Nachkriegszeit muß 'Europa' Deutschlands berechnete Ungebuld begreifen und es begreift sie auch. Aber auch in Deutschland wird man den Wert der freundschaftlichen Worte, die auf der anderen Seite gesprochen werden, um so mehr zu schätzen wissen, je mehr man sich daran erinnert, daß der Geist von Locarno, der die Räumung des Ruhrgebietes und die Beendigung der Sanktionspolitik zur Rückwirkung hatte — kein 'zweites Versailles', sondern eine Wendung zum Besseren gewesen ist, die ein starkes Vertrauen auf den Geist von Locarno rechtfertigt.

Die Rückwirkungen von Locarno sind schon vor der Konferenz von den Deutschnationalen in den Vordergrund gezogen worden. Auch die deutschen Delegierten von Locarno legten auf die Rückwirkungen des Vertrages vielleicht mehr Wert als auf diesen selbst. Damit hofften sie, die Deutschnationalen bei der Stange und ihrer Regierung die Grundlage zu erhalten. Waren doch die Herren Realpolitiker von der Rechten mit beträchtlichen Illusionen über das politisch Mögliche an die Konferenz herangegangen. Erst stellten sie ein Duzend unverzichtbarer Forderungen als Voraussetzungen für die Teilnahme an der Konferenz auf. Schließlich wurden daraus Bedingungen für den Abschluß des Vertrages und endlich mußten sie sich mit unverbindlichen Zusagen begnügen. Aber auch Frankreich war zuerst mit der festen Absicht zur Konferenz gekommen, sich auf keinerlei Diskussion über Rückwirkungen einzulassen; auch Frankreich hat seinen Standpunkt ausgeben müssen. So ist die erste und unmittelbarste Rückwirkung von Locarno eben die gewesen, daß die Debatte über die Rückwirkungen in Gang gekommen ist.

Man beklagt sich auf der deutschen Rechten über das bis jetzt geringe Ausmaß praktischer Ergebnisse. Dabei ist zu bedenken, daß es sich in gewissem Sinne nicht um Rückwirkungen, sondern um Vorleistungen handelt. Der Vertrag von Locarno ist bis jetzt weder rechtskräftig noch unterzeichnet.

Die Deutschnationalen sollten die Lehren sein, sich zu beklagen, wenn die Rückwirkungen bis jetzt nicht größer ausgefallen sind. Mit ihrem Ausscheiden aus der Regierung haben sie einen Dolchstoß in die deutsche Friedensfront unternommen; sie haben die Verhandlungsfähigkeit der Regierung geschwächt; die Vertragspartner können naturgemäß einer deutschen Regierung um so weniger vertrauend entgegenkommen, je wilder die nationale Opposition sich gebärdet und je mehr sie die Vertragsunterzeichnung gefährdet. Immerhin ist das Vertrauen des Auslandes darauf, daß die gesunde Vernunft und die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes die Halb- und Halb-Politik der Deutschnationalen zunichte macht, groß genug, um zu praktischen Ergebnissen noch vor Unterzeichnung zu kommen. Polen hat auf das ihm zustehende Recht der Ausweisung deutscher Örtanten verzichtet; es ist stolz darauf, dieses Verzicht auf ein bisher jäh festgehaltenes Vertragsrecht ohne Gegenleistungen vollzogen zu haben. Die 'Alliierten' haben sich mit der Wiedereinsetzung des deutschen Reichskommissars in den vorigen Stand bereit erklärt; die Entwaffnungsfrage wird zweifellos im Geiste gegenseitiger Verständigung behandelt und bereinigt; die Verlegung der englischen Truppen aus der Röhner Zone wird tatsächlich vorbereitet, die Räumung selbst beginnt aller Voraussicht nach am 1. Dezember. Auch sind die Hoffnungen auf eine beträchtliche Verminderung der Truppenzahl berechtigt. Für den nächsten Dienstag ist der amtliche Schritt der auswärtigen Regierungen zu erwarten, der Deutschland die Gesamtheit der Rückwirkungen mitteilt. Das alles geschieht vor der Unterzeichnung in London und bedeutet, daß die 'Alliierten' ihren früheren Standpunkt verlassen und praktische Ergebnisse nicht erst als Rückwirkung nach der Unterzeichnung, sondern als Rückwirkung schon nach der Paraphierung eintreten lassen. Das Zeter- und Mordiogeschrei der deutschnationalen Presse soll nur die Verlegenheit darüber verbergen, daß die von der Sozialdemokratie getragene deutsche Friedenspolitik Ergebnisse hat, die ihr so peinlich, wie Deutschland nützlich sind.

Dabei ist es gänzlich ebwegig, nur die 'Rückwirkungen' im eigentlichen Sinne zu sehen. Locarno ist so wenig für Deutschland wie für die anderen Mächte 'ein Ende'. Es ist ein Anfang. So haben Staatsmänner der anderen Seite immer wieder versichert. Mit Erleichterung des Befehlungsregimes ist das praktische Ergebnis für Deutschland keineswegs erschöpft. Freilich darf man nicht, wie die Realpolitiker der Rechten das zu fordern lieben, erwarten, daß Deutschland weitere Erleichterungen, daß ihm seine Gleichberechtigung wie Geschenke in den Schoß fallen. Hierfür gibt es zu kämpfen, eine unermüdbliche aktivistische Friedenspolitik um die Ueberwindung von Behältnissen noch weiter zu treiben. Die nationalen Forderungen, die die Vaterlandspatrioten so laut als die ihren aufgestellt hatten, sind Forderungen des ganzen

deutschen Volkes: die Verminderung der alliierten Truppenzahl im Rheinlande oder die vertragsmäßig mögliche Abkürzung der Besatzungsfristen, auf die der „Vorwärts“ zuerst hinwies, um von der nationalen Presse stillschweigend abgeschrieben zu werden, und die allgemeine europäische Abrüstung, die der Sozialismus längst forderte, ehe die Deutschnationalen merkten, daß er das Ziel des nationalen Pazifismus ist, der Politik der deutschen Sozialdemokratie. Hierüber zu ringen und zu kämpfen gilt es vor allem nach der Unterzeichnung. Denn mit der Londoner Konferenz ist der Vertrag von Locarno nicht rechtskräftig; erst muß er von sechs oder sieben europäischen Parlamenten beraten, angenommen und ratifiziert werden. Je größer die Mehrheit ist, mit der der deutsche Reichstag den Vertrag von Locarno zum verbindlichen Gesetz erhebt, je mehr die deutschnationale Opposition gegen die Politik des deutschen Volkes zusammenbricht, um so eher ist zu erwarten, daß sich ein Teil dieser Auswirkungen zur Ratifizierung des Vertrags von Locarno vollzieht.

Es ist eben für Deutschland die letzte und tiefste Auswirkung des Vertrags von Locarno, daß er uns neue Mittel gibt, den Vertrag von Versailles zu überwinden. Locarno nimmt den Alliierten die Auslegung des Vertrages aus der Hand. Statt der „Alliierten“ entscheiden in Zukunft unparteiische Instanzen über Recht und Unrecht. Durch die Zauberkraft des neuen Völkerrechts wird Deutschland eine Stufe der Gleichberechtigung höher gehoben. Noch und für lange Jahre noch sind die Alliierten zwar machtpolitisch stärker als Deutschland; ihre Armeen und Flotten übersteigen den deutschen Rüstungsstand um das Zehnfache, um das Zwanzigfache. Aber der Vertrag von Locarno mindert diese Macht. Der Vertrag beschränkt die Rechte der Alliierten. Sie dürfen das Schwert nicht mehr in die Wagschale der Politik werfen. Es wird entwertet. Die Gewalt verliert ihre Uebermacht.

Machtfragen werden Rechtsfragen. Sollte es zutreffen, daß die Alliierten vertraglich verpflichtet sind, eine Truppenzahl im Westen zu halten, die die deutschen Garnisonen nicht überschreitet, so kann hierüber in Zukunft ein Gerichtshof entscheiden. Das wäre von weittragender politischer Bedeutung. Und wenn es sich handelt um die Abkürzung der Besatzungsfristen, die der Versailler Vertrag für den Fall vorsieht, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, dann kann Deutschland, falls es Widerstand findet, ebensfalls eine unparteiische Feststellung seiner Vertragserfüllung erreichen. So wie die Reparationskommission abgebaut wurde, so wird die Macht der Völkerrechtungskonferenz eingeengt. An ihre Stelle tritt der Internationale Gerichtshof.

Große Teile des deutschen Volkes vermögen den Vertrag von Locarno nur unter rein deutschen Gesichtspunkten, vom Standpunkt des Vorteils, zu würdigen. Der Sozialdemokratie sind auch die internationalen und die ideellen Folgen gegenwärtig. Bleibt die heilschende Vernunft gegen den blinden Unverstand siegreich, wird Deutschland seinen Sitz im Rate der Völker sehr bald einnehmen. Damit werden die letzten Schranken beseitigt, die Deutschland von der Mitwirkung am Wiederaufbau Europas und der Welt fernhalten. Wie die soziale Demokratie im inneren Staatsleben alle Kräfte entbindet, so öffnet der Vertrag von Locarno, im Geiste internationaler sozialer Demokratie abgeschlossen, Deutschland den Weg, in der Gemeinschaft der Völker sich zu bewähren.

Reichstag am 20. November.

Beginn der Locarno-Debatte am 23. November.

Der Kabinettsrat des Reichstags hat gestern nachmittags beschlossen, den Reichstag zu Freitag, den 20. d. M., nachmittags 1 Uhr, einzuberufen. Am Freitag und Sonnabend werden der italienische und russische Handelsvertrag in erster Lesung beraten werden.

Am Montag, den 23. November, beginnt die Beratung über den Locarno-Vertrag. Die Frage, ob für diesen Vertrag eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei oder nicht, ist von

seiner Seite im Kabinettsrat angeschnitten worden, da kurzzeitig noch das sachverständige juristische Gutachten darüber erwartet wird.

Die Regierung wird dem Reichstag zur Beschlußfassung zwei ganz kurze Gesetzentwürfe vorlegen: 1. Der Reichstag stimmt den in der Anlage beigefügten Verträgen zu. 2. Der Reichstag ermächtigt die Regierung zum Beitritt in den Völkerbund.

Ein Opfer der Zeit.

Höchste Standesherrn — Vocarnisten?

Die „Kreuzzeitung“ fällt aus der Rolle. Sie veröffentlicht eine Zuschrift des Kreisvereins Potsdam der deutschnationalen Volkspartei gegen die Unterzeichner der deutschnationalen Kundgebung für Locarno. Die Unterzeichner erhalten darin ein Kolleg über konservative Gesinnung. Erstes Kapitel: „Die Deutschnationalen bringen innerpolitisch nur Opfer“. Damit bleibt die „Kreuzzeitung“ noch sie selbst. Natürlich: Schutzölle und Steuervorzüge sind deutschnationale Opfer. Zweites Beispiel:

„Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die — bestimmten Wirtschaftskreisen entstammenden — Urheber der „Kundgebung“ zur Unterzeichnung Träger berühmter und klangvoller Namen gesucht und gefunden haben. Die Verleugnung des Fundamentalsatzes, daß die Wirtschaft der Politik folgt und letzten Endes nachfrage ist, zeigt, daß den Unterzeichnern konservative und deutschnationale Gesinnung weitest fern liegt.“

Es tut uns weh, unter ihnen auch einen Enkel des Schöpfers des deutschen Reiches zu finden. Bei einer ganzen Anzahl anderer kann man bedauern, daß sie die gewohnte Arena des Sports, auf der sie sich bewährt haben, mit der ihnen fern liegenden politischen Arena vertauschten.

Denkende Politiker werden die „Kundgebung“ nicht ohne Kopfschütteln aus der Hand legen können. Die Geschichte wird über Locarno und Vocarnisten ihr hartes aber verdienten Urteil sprechen.“

Aber, aber! Wie kann ein konservatives Organ so wegwerfend von höchsten Standesherrn reden! Die „Vocarnisten“ beschimpfen und ihnen konservative und deutschnationale Gesinnung absprechen, und ihnen obendrein noch ihren Perverstand zum Vorwurf machen. Das gerade war doch bisher der Vorzug und das Vorrecht jener Kreise, für deren Exklusivität die „Kreuzzeitung“ wirkte, daß sie den Perverstand besaßen.

Man gibt sich nicht ungestraft mit parlamentarischer Politik ab — wie hätte das der „Kreuzzeitung“ sonst passieren können. So aus der Rolle zu fallen! Ja, ja, auch die „Kreuzzeitung“ ist zum bedauerlichen Opfer der demokratischen Verrohung der Zeiten geworden!

Ermäßigung der Lohnsteuer.

Ab 1. Januar 1926. — Ein Erfolg der Sozialdemokratie.

In den Steuerkämpfen der letzten Monate kämpften die bürgerlichen Parteien für die Ermäßigung der Besitzsteuern, die Sozialdemokratie für die Milderung der Lohnsteuer. Sie sollte vor allen Dingen durch die Erhöhung der steuerfreien Grenze auf 100 M. monatlich herbeigeführt werden. Aber selbst dieses bescheidene Verlangen scheiterte an dem Widerstand der Reichsregierung, der von den Regierungsparteien gestützt wurde. Vor allem war es das Zentrum, das damit seine eigene Forderung nach sozialer Lastenverteilung im Stiche ließ.

Diese starke Anspannung der Lohnsteuer ist eine der wichtigsten Ursachen für die günstige Entwicklung der Reichsfinanzen. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 erbrachte sie: April 125, Mai 137, Juni 131, Juli 119, August 115, September 120, insgesamt also 747 Millionen Mark. Gegenüber dem Vorschlag ist das ein Mehrertrag von 147 Millionen Mark. Da die Neuregelung der Lohnsteuer, die am 1. Oktober in Kraft getreten ist, im allgemeinen keine Senkung der Steuerleistung bedeutet, so ist auch in den nächsten Monaten mit einem dauernden

Mehrertrag der Lohnsteuer von etwa 25 Millionen monatlich zu rechnen.

Damit sind alle Voraussetzungen der Sozialdemokratie über den dauernden steigenden Ertrag der Lohnsteuer in Erfüllung gegangen und ihre Haltung zur Steuerreform glänzend gerechtfertigt. Heute besteht nicht der geringste Zweifel mehr, daß die Berechnungen des Reichsfinanzministeriums über den Ausfall an Lohnsteuer bei Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung falsch waren. Da das von den Sozialdemokraten damals bereits nachgewiesen wurde, so ist es nur dem mangelnden guten Willen der Rechtsregierung und der Regierungsparteien zu verdanken, daß eine so berechtigte Forderung unerfüllt blieb.

Daß man den Lohn- und Gehaltsempfängern gegenüber damals ein schweres Unrecht beging, kam in dem Versprechen zum Ausdruck, die Lohnsteuer zu ermäßigen, wenn ihr Ertrag in sechs aufeinanderfolgenden Monaten die Summe von 600 Millionen Mark übersteigt. Die Sozialdemokratie wollte, daß diese sechs Monate den Zeitraum vom 1. April bis 30. September 1925 umfassen, da dadurch die Ermäßigung der Lohnsteuer baldigst hätte vorgenommen werden müssen. Das lehnte man ab und bestimmte die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926 als die Grundlage, das bedeutete, daß frühestens am 1. April nächsten Jahres eine Senkung der Lohnsteuer zu erfolgen habe.

Die steigende Erregung der Lohn- und Gehaltsempfänger über die unsoziale Verteilung der Steuerlasten hat die Regierung gezwungen, ihre damaligen Absichten zu ändern. In den nächsten Tagen wird dem Reichsrat ein Gesetzentwurf zugehen, der eine Erhöhung der steuerfreien Einkommensgrenze auf 100 M. monatlich (24 M. wöchentlich) ab 1. Januar 1926 vorsieht. Auch das Reichsfinanzministerium, das noch vor kurzem diese Forderung als „agitatorisch“ bekämpfte, scheint nun einzusehen, daß ein Zustand unhaltbar ist, der die schwächsten Kreise auf das stärkste belastet.

Die Sozialdemokratie kann diese Wandlung als die Frucht ihrer Arbeit ansehen. Ohne die unermüdete sozialdemokratische Kritik an der deutschen Steuergebarung würden auch heute noch nicht die bescheidenen Versuche zur Milderung des Steuerrechts eingeleitet, zu denen sich jetzt die Regierung und die Rechtsparteien gezwungen sehen.

Neues Militärrecht.

Beseitigung der freien Richterwahl der Soldaten.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde am Donnerstag bei der Beratung des Gesetzentwurfs über Militärgerichte und militärgerichtliche Verfahren die freie Richterwahl der Soldaten, wie sie durch eine Verordnung der Volksbeauftragten vom 5. Dezember 1918 verfügt worden war, beseitigt. Diese Verordnung bestimmte, daß die Militärgerichte anstatt der Offiziersrichter mit Militärpersonen zu besetzen sind, die von den Vertrauensleuten der Soldaten gewählt werden und der Dienststellung der Angeklagten entsprechen. Im neuen Gesetz soll die Zusammensetzung der Gerichte so geregelt werden, daß sich unter den Beisitzern stets ein Offizier befindet, während die übrigen Beisitzer grundsätzlich der gleichen Rangklasse wie der Angeklagte angehören sollen. Genosse Rosenfeld wandte sich gegen die Beseitigung des durch die Revolution errungenen Wahlrechts der Soldaten. Bezeichnend sei, daß die Soldaten niemals Offiziere zu Richtern wählen. Auch Genosse Landsberg wies darauf hin, daß sich aus der jetzigen Drängung keine Mißstände ergeben hätten. Dennoch wurde mit 14 gegen 8 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Zusammenfassung der Kriegsgerichte und Oberkriegsgerichte, im Sinne des Gesetzentwurfes angenommen.

Für das militärgerichtliche Verfahren ist im Gesetzentwurf die Ausschließung der Berufung gegen Urteile der Kriegsgerichte bei Uebertretungen sowie die Möglichkeit der Verwertung einer offensichtlich unbegründeten Revision entsprechend der Ermünger-Verordnung durch Beschluß des Reichsgerichts vorgesehen. Genosse Rosenfeld bezog sich auf diese Ausdehnung der Ermünger-Verordnung als bedenklich und beantragte die Streichung dieser Bestimmungen. Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wurde jedoch auch hier mit 14 gegen 8 Stimmen die Vorlage angenommen.

Begegnung in Bayreuth.

Von Josef Maria Frant.

Karl Heimstern, der berühmte zeitgenössische Dichter, rastete im D-Zug durch die frühesten Rosenbergschlucht. Aus seinen Gedanken an Prag, wo man sein neues Stück aufführen, an Warschau, wo man seinen Roman übersehen wollte, an das Duzend Aufträge für Essays, Gedichte, Skizzen, Romane, die er unterwegs noch erledigen mußte, fuhr er jäh auf, als der Zug bremste, langsam anhaltend und die behaglich nieselnde Stimme eines Bahnhofsvorstehers erklang: „Nach Bayreuth um — frei — gen!“ Impulsiv sprang er auf. Warum sollte er nicht auch diesem Rufe folgen? Prag und Warschau ließen nicht fort. Und Heimstern fuhr nach Bayreuth.

Zwei Stunden später sah er in einem Gasthaus vor der Stadt und langweilte sich noch mehr als vorher. Es war eine Enttäuschung gewesen, wie immer. Heimstern sah vor der dritten Flasche Rotwein — Bier zu trinken, hatte er nicht übers Herz bringen können —; das Dingelste blinzelte bläulich; wie bläulicher Rebel legte es sich um den Dichter — er schloß die Augen und nicht gelangweilt ein.

Wertwändig! Er hatte den komischen Gast drüben am Tische wohl übersehen: ein prächtiges Biedermeiergesicht, in dem es von Zeit zu Zeit aufleuchtete, darüber eine hohe Stirn, dahinter lange Locken, die in einen widerpenstigen Nacken fielen; der ganze Mensch in unmöglicher Kleidung, in einem blauen vorväterlichen Rock, in Kniehosen und Schmalenschuhen. Vor ihm stand ein großer Krug Rulmbacher Bier; daneben lag eine Perlmutterknopftabakdose mit aufgemaltem Vergißmeinnicht; dicht dabei stand ein Wasserglas mit bunten Astern — zwischen allem lag eine schwarze Kladder aufgeschlagen; die weißen Blätter waren zierlich eng beschrieben. Heimstern schüttelte den Kopf — wie dieser komische Kauz nur jetzt den Krug hob, als wäre er ein Edelpokal, wie er jetzt trank, als sei es Rotwein, wie er jetzt in die Schnupftabakdose hineinkippte und beide gebläute Rosenlöcher kitzelte, wie er jetzt an den Astern roch und mit den funkelnden Augen sie streichelte, wie er an dem Federhalter knoberte, mit den Fingern auf den Tisch schlug, sich auf die Stirn kippte, jetzt sogar aufsprang und rief: „Hal! Ich werde dieses Schauspiel übermüden!“ O, ich werde es streicheln, glätten, kitzeln, küssen, kleben, bemalen, bis es lächelt wie das Fichtelgebirge im Mai und meine „Station“, die „Johannesperiode“ dieses Romans, der nie ankommen will, mit einem Rosenkranz schlief, in dem noch die Dornenstücke duften! Immer Ruhe, wir werden schon zu Ende kommen! Ein Roman muß eine Reise sein durch einen ewigen Sommer! Und wie soll man da aufhören! Hol! Jetzt habe ich den Satz, die Stimmung, den Akkord, die Sentenz, den Schluß der Pöfelle — oder soll es wieder ein neuer Anfang sein? Gleichgültig, er wird hingeschrieben, weil er zu hübsch ist, ihn nicht zu schreiben!

Do stand Heimstern auf, trat näher, verbeugte sich und fragte: „Ach, verzeihen Sie, wohl ein Kollege?“ Der komische Kauz lachte

von der Seite und sagte: „Jean Paul ist mein Name! Sie verzeihen, wenn ich Sie gestört habe. Ich schreibe nämlich jeden Tag hier meine zehn Seiten in die Kladder.“ Heimstern sah sich an die Stirn: „Jean Paul! Sie! — sind doch längst tot!“ — „Ja, ja, tot! Die Menschen haben heute keine Zeit mehr, ich weiß! Keine Romane stehen heute ganz oben in den Bücherreihen, wo keine Letter mehr hinstingt! Die Leute wissen nicht mehr, wie man mit Worten lächeln und die Welt vergessen kann! Es ist doch so schön, wie das Wort, wenn man es langsam schreibt, schnörkelt, malt, mit ihm aus dem Hundertsten ins Tausendste kommt, Kapriolen schießt, wie etwa in meinen „Verschiedenen prophetischen Gedanken, welche teils ich, teils hundert andere wahrscheinlich 1807 am 31. Dezember haben werden“, oder im „Blid, auf dem linken Ohr taub zu sein“, oder in meiner „Ruhigen Darlegung der Gründe, warum die jungen Leute jetzt mit Recht von dem Alter die Ehrfurcht erwarten, welche sonst selber dieses von ihnen fordert“. Wie, Sie kennen diese meine Schriften nicht? Das ist schade! Sie beruhigen, und Sie scheinen mir — wie sagt man doch heute? — nervös! Ich werde morgen eine neue Postille beginnen: „Ermüdungen, wie so junge Hunde, Kinder, Schnupftabak, Blumen, Rulmbacher Bier und Geduld der beste Teil der Menschheit sind!“ Und sie Ihnen bedzielen, vorausgesetzt, daß ich mich auf dieser Ermüdungsreise nicht verirre. Die Hauptsache ist, dabei glücklich zu werden, mein junger Freund. Es gibt drei Wege, glücklich, nicht glücklich zu werden: der erste Weg, der in die Höhe geht, so weit über das Gewölke des Lebens hinauszubringen, daß man die ganze äußere Welt mit ihren Hoffnungen, Beinhäusern und Gewitterableitern von weitem unter seinen Füßen nur wie ein eingestrumpftes Rindergärtchen sieht. Der zweite: gerade herabzufallen ins Gärtchen und da sich so heimlich in eine Furche einzunisten, daß, wenn man aus seinem warmen Versteck heraussteht, man ebenfalls keine Hoffnungen, Beinhäuser und Stangen, sondern nur Lehren erblickt, deren jede für den Restvogel ein Baum und ein Sonnen- und Regenschirm ist. Der dritte endlich, den ich für den schwersten und künftigen halte, ist der, mit den beiden zu wecheln! — Lesen Sie's in meiner Vorrede zum „Nixlein“, und — versuchen Sie's einmal, mein junger Freund!“ Damit schlug er zum Abschied dem Verwirrten auf die Schulter, nahm seine Lampe, Schnupftabakdose, Blumenglas und ging.

Da fuhr Heimstern empor. Der Bier hatte ihm auf die Schulter geklopft: „Herr, in einer halben Stunde geht Ihr Zug. Sie haben geschlafen und — wie sieht — geträumt. Hoffentlich gut!“ Heimstern zwinkerte in die Stube; er war der einzige Gast. Ueber dem Sofa hing ein Bild von Jean Paul. Heimstern betrachtete es. Da erzählte ihm der Bild, daß Jean Paul hier in der Stube gedichtet habe. Heimstern durchzuckte es: Richtig! Der 14. November stand vor der Tür, Jean Pauls Todestag.

Zwei Stunden später rastete Karl Heimstern im D-Zuge durch die Nacht und klapperte auf seiner Reiseschreibmaschine eine Novelle, die morgen abgehandelt werden mußte und nicht länger als drei Spalten sein durfte.

Ordensadventur. Man weiß, daß der erste Napoleon dem größten Deutschen seiner Zeit, Goethe, den fünfstrahligen, weiß emaillierten Stern mit dem roten Bande der Ehrenlegion verliehen hat. Es wird den Dichtern in der Brust zu Weimar nicht allzu tief bekümmert haben, daß er nach Beginn des Weltkrieges mit allen anderen deutschen Inhabern dieses Ordens aus der Liste der Ordensritter gestrichen wurde. Schmerzlicher empfand das Ordenskapitel den Verlust, als es nach Wiederkehr ruhiger Zeiten die also verdorbenen Listen der Ordensritter durchsah. Und so ist denn — diesmal ganz ohne Aufstachelung des sonst unerlässlichen — Goethe durch einen heimlichen Federstrich aus Reue zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden. Wir nehmen lächelnd davon Kenntnis, denn Gott sei Dank haben wir bisher nichts davon bemerkt, daß das Spiel der Ordensmänner dem Dichtern fürsten auch nur einen Zoll seiner Größe hat nehmen oder wieder hinzufügen können, während wir es sehr wohl verstehen, daß es ein immerhin schätzenswertes Gefühl sein mag, sich Ordensritter eines Goethe nennen zu dürfen.

In welcher Sprache redete die Schlange im Paradies? Die merkwürdige Frage, in welcher Sprache die Schlange im Paradies Eva zu dem verhängnisvollen Apfelbiss zuruderte, dürfte bei einer Verhandlung vor der holländischen Kirchensynode erörtert werden; die jetzt die holländischen Blätter beschäftigt. Es handelt sich da um eine Art „Schlangensprache“, der mit dem amerikanischen „Wissenprozeß“ Ähnlichkeit hat. Ein calvinistischer Geistlicher Dr. Bangscoerck hat sich nämlich im Haag vor der Kirchensynode wegen einer Predigt zu verantworten, in der er die Sprachfähigkeiten der Paradies-Schlange in Zweifel gezogen hatte. Man hat es ihm in kirchlichen Kreisen sehr übel genommen, daß er bei einer Besprechung der Geschichte von Adam und Eva von der redenden Schlange nichts wissen wollte, und will aus diesem Grunde seine Abschwörung erwirken. Die holländischen Blätter sind darauf gespannt, welche Sprache wohl von der Synode als diejenige angegeben werden wird, in der die Schlange ihre verführerischen Aneinanderreden machte, und man schwört zwischen Hebräisch und Griechisch, hält es aber auch nicht für ganz unmöglich, daß schließlich das gute Holländisch des den Holländern geläufigen Bibeltextes als maßgebend anerkannt wird.

Märtyrer der Wissenschaft auf der Bühne. Von dem in Deutschland besonders durch sein Drama „Berg und Meer“ bekannten verstorbenen isländischen Dichter Johann Sigurjonson brachte das Kopenhagener „Naiime Theater“ ein Drama in vier Akten „Dr. Rung“ zur Erstaufführung. Der Dichter zeigt darin den idealen Mann der Wissenschaft, der nicht nur Liebe und Leben, sondern auch das Leben seiner Geliebten der wissenschaftlichen Arbeit opfert. Diese Arbeit löst ihn nicht aus selbstigen Gründen, wie Ruhm und Ehr, auch nicht aus Freude am Experiment, sondern aus Menschenliebe. Er sucht ein Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose und impft sich selbst mit dem tödlichen Bazillus, ebenso wie seine Geliebte, die mit ihm an der Krankheit zugrunde geht. Die Handlung klingt aus in der Lehre, daß auch die Wissenschaft ihre Märtyrer kennt.

Nein Literatur-Nobelpreis. Die schwedische Akademie beschloß, den diesjährigen Nobelpreis für Literatur nicht zu verleihen.

Im Großen Schauspielhaus geht „Huntheimmanns Weltkuckuck“, ein modernes Rundummärchen, verlegt und inszeniert von Fritz Hartel, am Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, erstmalig in Szene.

Die Putzschisten-Blamage.

Vor bayerischen Landtags-Interpellationen.

München, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß mit dem teils lüdenhaften, teils direkt falschen Dementi des Ministerpräsidenten Dr. Held die Ätzen über den verfaßten Hochoerrat der „Bayernreue“ im wesentlichen geschlossen wären. Das ist selbstverständlich eine bei den gegebenen Umständen unverständliche Selbsttäuschung, denn der größte Teil des bayerischen Volkes, der sich der staatspolitischen und wirtschaftlichen Gefahren eines Monarchistenputsches durchaus bewußt ist, verlangt mit aller Entschiedenheit eine resolute Aufklärung der Restaurationspläne um so mehr, als von niemand bestritten wird und bestritten werden kann, daß Rupprecht als Kronpräsident in allererster Linie die Hände mit im Spiel der „Bayernreue“ hatte. Selbst die Württemberg-Treue der „Augsburger Postzeitung“ findet die Haltung des Kronprinzen außerordentlich bedenklich. Sie ist der Auffassung, daß es nur eines einzigen Wortes aus seinem Munde bedürfte, um den Treibereien der unverantwortlichen Aktivisten ein Ende zu machen. Dabei ist daran zu erinnern, daß Rupprecht früher dem Ministerpräsidenten einmal erklärt hat, die Kronkrone niemals aus der Hand von Putzschisten entgegennehmen zu wollen. Die Aufklärung über seine Gesinnungsänderung wird er nicht nur der ihm gesinnungsverwandten Regierung zu geben haben, sondern diese Regierung wird im Landtag öffentlich Rede und Antwort stehen müssen über den von ihr selbst mitaufgedeckten Putschplan. Es ist damit zu rechnen, daß Gelegenheit hierzu sofort nach Zusammentritt des Landtags am 1. Dezember geschaffen wird. In der erforderlichen Interpellation wird u. a. auch die Frage eine Rolle spielen, warum der Ministerpräsident in dem Dementi erklärte, daß der Graf von Soden bei seinem Besuch nichts von der Ueberrahme der Staatsgewalt durch den Kronprinzen sagte, während Dr. Held bei dem Empfang der Rechtspreste am 9. November vertraulich mitteilte, daß die Unterredung zwischen ihm und Soden sich tatsächlich um diesen Hauptpunkt drehte.

Die bayerischen Monarchisten sind ob der feige geschlagenen Aktion außerordentlich deprimiert. Das „Bayerische Vaterland“ stellt darüber folgendes Gesagtes an: „Das Ansehen der bayerischen Monarchisten hat einen ungeheuren Schaden erlitten. Man hält uns für pure Karren. In der „Bayernreue“ hastet der Vorwurf des Putsches. . . In der Bayerischen Volkspartei hat durch all diese Geschichten die Sache des Königs viel Boden verloren. Das sind betrübliche Dinge, aber sie müssen gefolgt werden.“

Gegen Schieles Schulentwurf.

Die Leipziger Universität gegen die Schuleraktion.

Leipzig, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Der akademische Senat der Universität Leipzig hat jetzt ebenfalls zu dem Reichsschulgesetzentwurf Stellung genommen. Er lehnt eine Wiedereinführung der sogenannten geistlichen Schulaufsicht auch in der Form einer kirchlichen Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, sowie jede Antastung des Charakters der Volksschule als einer Staatseinrichtung und der Lehrer als Staatsbeamter nachdrücklich ab. Er fordert, daß unbeschadet der Rechte der Eltern die Schulaufsicht als einer mit den anderen Schularbeiten gleichberechtigten Staatschule die Gemeinschaftsschule keine Beschränkung erfährt, besonders dort, wo sie sich bereits eingebürgert und bewährt hat.

Noch nicht genug Klassenjustiz!

Adlige Betrüger sollen straffrei sein.

Selten hat ein Verfahren so tief in sittliche Verkommenheit und schamlose Verhüllung gewisser Adelskreise hineingeleuchtet wie der Prozeß gegen die Direktoren der Landespfandbriefanstalt. Mit einer Struppelhaftigkeit, die einem gewiegten Hochstapler alle Ehre machen würde, haben die v. Carlowitz, v. Eydorff und v. Karstedt die Millionencredite der Landespfandbriefanstalt, also öffentliche Gelder, die sich aus den Spargroschen des Volkes zusammensetzen, dazu mißbraucht, um in Cassa und Brau zu leben und eine Spekulation nach der anderen zu machen. Aus dem Prozeßverlauf ging hervor, daß sich das Konsortium der strafrechtlichen Tragweite seiner Handlungen durchaus bewußt war. Nur mit Mühe gelang es, das Lügengewebe, das diese Träger alter Adelsnamen um ihre gewissenlose Sudeleiweberei zu breiten versuchten, zu durchbrechen. Es zeigte sich aber auch, daß die Lüders und Rehring, die aus dem alten kaiserlichen Beamtenmaterial stammten, nicht nur mit beispielloser Leichtfertigkeit, sondern auch bewußt betrügerisch gehandelt haben. Die Direktoren und das Adelskonsortium waren sich durchaus bewußt, daß sie kriminell strafbare Handlungen begangen hätten, für die im allgemeinen strenge Gefängnisstrafen zu erwarten sind.

Die Herren haben milde Richter gefunden. Richter, die plötzlich anbedenken, daß sie weniger die Pflicht hätten, nach dem Gesetzesparagrafen abzuurteilen, als „bessernd“ zu wirken. Es wurde eine kleine Wohlwärtigkeit vorgenommen und die Adligen nebst ihren bürgerlichen Freunden in zarter Rücksichtnahme vor der Bekanntheit mit dem Gefängnis, soweit es irgend zulässig war, bewahrt. Die Gefängnisstrafen wurden in Geldstrafen umgewandelt, und wo das nicht ging, wurde — Begnadigung in Aussicht gestellt. Die v. Eydorff, v. Carlowitz und v. Karstedt, die die Hunderttausende der Landespfandbriefanstalt in betrüblicher Weise für ihre Dürren, Kulis und Luxusreisen verenden, werden Geldstrafen bis zu 30 000 M. aufzubringen haben. Die Kosten für das Verfahren trägt zum Teil die Staatskasse. Ein gutes Geschäft! Ein Geschäft, das sicherlich „bessernd“ auf die Sippenschaft des Adelskonsortiums wirken wird.

Die Spuren dieser moralischen „Besserung“ machen sich schon jetzt bemerkbar. Die Carlowitz, Eydorff und Karstedt haben die Etim. Beruung gegen das Urteil einzulegen, das nach dem Ausspruch des Gerichtsvorsitzenden weniger strafen als „bessern“ sollte! Und die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der verachteten Landkünde, läßt einen Entrüstungsartikel gegen die Prozeßleitung los, weil sie den drei Adligen den guten Glauben abgesprochen hat. Sie ist plötzlich ganz Feuer und Flamme für diese verkommenen Sprossen alter Adelsfamilien und nennt sie zwar „mit einem betrüblichen Leidensinn begabt“, aber „nützlich unerfahren in Geschäften“. Und das, obwohl sich im Prozeßverlauf herausgestellt hat, daß v. Eydorff von denen, die mit ihm zu tun hatten, als sehr gewiegter Geschäftsmann bezeichnet wurde, bei dem es nur bedauerlich sei, daß er nicht auch die entsprechenden moralischen Qualitäten besitze. Das, die entsprechenden moralischen Qualitäten besitze. Das, obwohl sich die Herren zum Teil schon vor ihrer Verbindung mit der Landespfandbriefanstalt mit Häuserpekulationen beschäftigten.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ nach all dem Schmutz, den der Prozeß zutage gefördert hat, sich noch schüßend vor das Adelskonsortium stellen zu müssen glaubt, so ist das eine Selbsttäuschung, der man kein Wort hinzuzufügen braucht. Ihr Klageklieb über das ungenügende Verständnis des Gerichts für ihre Schützlinge läßt

Barmat-Ende im Landtag.

Einstellung des Personalabbaus. Geld für die Geistlichkeit. Barmat-Schlußdebatte.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich gestern zunächst mit der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die

Einstellung des Personalabbaus,

der für Preußen die Folgerungen aus dem Reichsgesetz zieht.

Abg. Ebersbach (Dnat.) begrüßt den Entwurf und betont, der Personalabbau habe nur Entlassungen gebracht. Der Redner begründet dann eine Reihe von Änderungsanträgen, die unter anderem den Beamten der Staatschuldenverwaltung und den weiblichen Beamten im allgemeinen zugute kommen. Bezüglich der Letzteren müsse in Preußen eine gerechtere Lösung gefunden werden als im Reich.

Abg. Müller-Hannover (Soz.), der den Entwurf gleichfalls begrüßt, wünscht, daß ein neues Dienstbeamtengesetz nach dem Reichsgesetz schleunigst kommen möge. Auch dieser Redner ist der Meinung, daß die Rechte der weiblichen Beamten zu wenig geschützt sind.

Abg. Baumhoff (Str.) tritt für den Entwurf ein, wünscht aber Streichung der Bestimmung, wonach die Schulaufsichtsbehörde zu entscheiden hat, ob eine bestehende mittlere oder nicht staatliche höhere Lehranstalt aufzuheben oder umzuwandeln ist.

Abg. Meyer-Herford (D. Sp.) wünscht insbesondere Nachprüfung derjenigen Bestimmungen, die sich auf die Beamten beziehen, die sich als Pensionäre noch verhalten.

Abg. Kasper (Komm.) wendet sich gegen den Entwurf, der anstatt die abgebauten Beamten einfach wieder einzustellen, faustschlagartige Bestimmungen bringe, die sich nach allen Seiten auslegen ließen.

Abg. Herrmann-Breslau (Dem.) betont, daß die Bezüge der Familie eines früh verstorbenen Beamten nicht ausreichend festgesetzt seien und daß wenigstens das Existenzminimum gesichert werden müsse.

Dann wird der Entwurf dem Beamtenauschuß überwiesen, und es folgt die dritte Beratung des Entwurfs einer Neuordnung der

Pfarrerbefoldung.

Abg. König (Soz.) lehnt unter Berufung auf die von ihm in der zweiten Lesung vorgebrachten Bedenken die Vorlage ab.

Finanzminister Höpfer-Möschel verweist auf die fehlende Deckung, die mit einer ordentlichen Finanzwirtschaft unvereinbar sei, und auch der Verfassung widerspreche und bittet, den Bedenken der Staatsregierung Rechnung zu tragen. Er wendet sich gegen die Festsetzung erhöhter Leistungen und die Bestimmung, daß die Kirche Vorläufe in unbegrenzter Höhe verlangen könne. Der Landtag müsse in erster Linie das Staatsinteresse berücksichtigen.

Abg. Dr. Köhler (Dnat.) betont, daß seine Partei der Regierung genügend weit entgegenkommen sei, so daß sie der Vorwurf nicht treffen könne, das Staatsinteresse vernachlässigt werden. Es handle sich ja auch nur um einen vorläufigen Beschluß.

Abg. Dr. Clancorn (Str.) trat für den Ausnahmestrompromiss antrag ein.

Abg. Meyer-Herford (D. Sp.) hebt hervor, daß es sich gar nicht um eine Erhöhung der Pfarrergehälter, sondern nur um die Sicherstellung der jetzigen Bezüge handelt. An der Möglichkeit der Vorläufe für die Kirche müsse festgehalten werden.

Abg. Schmeil (Komm.) findet in dem Entwurf begründet, daß der Staat zwar für die Beamten kein Geld, desto mehr aber für die Pfarrer habe.

Abg. Grau (Dem.) erklärt, daß seine Partei ihre Bedenken in einem Antrag zum Ausdruck gebracht hat, um dessen Annahme er bittet. Die Demokraten wünschen aber, daß die Kirchen die Möglichkeit der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten.

Die Abstimmung über die Beschlüsse zweiter Lesung und die dazu gestellten Änderungsanträge wird am Freitag statt-

sich in die Formel zusammenfassen: „Noch nicht genug Klassenjustiz!“ Das ist der einzige Vorwurf, den sie gegen das Gericht im Fall Eydorff, Carlowitz, Karstedt ebenfalls erheben könnte. Das Auftreten der „Deutschen Tageszeitung“ zeigt, was man den Gerichten heute alles zumuten zu können glaubt.

Die Republikfeier in Wien.

Genosse Göring spricht für Großdeutschland.

Wien, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Abend des Staatsfesttages hatten Militärkapellen die Stadt mit klingendem Spiel durchzogen und dann Platzkonzerte gegeben. Heute nachmittag versammelten sich trotz strömenden Regens einige tausend Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes zur Republikfeier. Als Vertreter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold war der Bundesvorsitzende Genosse Göring erschienen. In seiner Ansprache gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der Tag kommen werde, an dem die deutsche und die deutschösterreichische Republik zur einen Deutschen Republik sich vereinigen werden. Die Festrede hielt der Obmann des Republikanischen Schutzbundes Abg. Genosse Julius Deutsch. Er sprach den Wunsch aus, daß Deutschösterreich und Deutschland bald miteinander vereinigt werden. In allen Stadtbezirken marschierte nachmittags die Arbeiterklasse mit Fahnen und Musik zu Versammlungen auf. Alle Schulen veranstalteten Feiern. Die Geschäfte und Kaffeehäuser waren aus Anlaß des republikanischen Staatsfesttags geschlossen. Viele Gebäude waren besetzt, darunter alle städtischen Häuser. Vormittags fanden auch in den Kasernen Feiern der Garnisonen statt. Abgeordnete aller Parteien sprachen über die Bedeutung der Republik. Bundespräsident Hainisch gedachte des Tages in einer Radioansprache an das Volk. Nachmittags war ein großer festlicher Empfang bei dem Bundespräsidenten, an dem alle diplomatischen Vertreter sowie zahlreiche Abgeordnete aller Parteien teilnahmen. Der Abend bringt künstlerische Feiern unserer Partei und die festliche Beleuchtung des Rathauses.

Ungarische Richtermilde.

Ein belohnter Arbeiter-Spaltpitz.

Die ungarische Sozialdemokratie ist im Wiederaufstieg. Je mehr über die Schandthaten des Horthy-Regiments bekannt wird, desto mehr schließen sich die anständigen Menschen der Sozialdemokratie an, und je schlechter die Wirtschaftslage wird, desto mehr erwachen die Protestanten aus ihrer Stumpfheit. Um diesen Wiederanstieg zu hindern, versucht man durch zahllose Aufreizungsprozesse unsere Parteipresse zu erstickern. Es hegeit Freiheits- und Geldstrafen auf sie, dazu kommen die hohen Prozeßkosten des Verlierenden. Und auf die Anlage folgt die Verurteilung tatsächlicher. „Unabhängige“ Richter müssen, was sich gehört!

Da war aber dieser Tage jener Bagy wegen Ausreizung angeklagt, der die „Unabhängige sozialistische Partei“ gegründet hat, weil ihm die alte Sozialdemokratie nicht mehr radikal genug war.

finden. Das Haus wendet sich darauf der Weiterberatung des Be-

richtes des

Barmat-Ausschusses

zu, die der Beratung des Etats der Seehandlung vorausge-

ht. Abg. Kusche (Dem.) bezeichnet es als charakteristische Erscheinung bei den Deutschnationalen, daß sie in den Ausschüssen und im engeren Kreise durchaus schlicht auftreten und mitarbeiten, aber nachher, in der großen Öffentlichkeit ihre „wilden Männer“ die Hauptrolle spielen lassen. Das habe sich in der Außenpolitik, bei Locarno, gezeigt und auch in den Ausführungen des Abg. Wiedemann über den Barmat-Ausschuß. Die Staatsbank sollte sich einen Kaufmann zulegen, wie es beispielsweise die Thüringer Staatsbank mit Herrn Loeb getan hat, der dann allerdings als Jude weggehört worden ist. Barmat selbst habe eine schädliche Tätigkeit entfaltet und nicht nur die Deffenlichkeit, sondern auch seine eigene Partei getäuscht. Es sei von der Rechten demagogisch gemessen, den Barmatfall zu einer Hege gegen die Sozialdemokratie und sogar gegen den Reichspräsidenten Ebert auszunutzen und damit die Wahlkosten bei der Reichspräsidentenwahl zu bestreiten.

Abg. Labendörff (Wirt. Vereinigung) bezeichnet den bevorstehenden Prozeß Barmat-Staatsbank als ein Schandmal für den Freistaat Preußen.

Abg. Wieggershaus (Wöll.) nennt den Barmat-Ausschuß eine Komödie, über die die gesamte Judentum gelacht hat.

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.) erklärt: Wenn wir nicht Herrn Professor Leidig als unparteilichen Vorsitzenden im Barmat-Ausschuß gehabt hätten, sähe ein Teil von den Sozialdemokraten schon im Zuchthaus. (Große Bewegung.) Herr Bauer, Herr Richter, Herr Heilmann. Das Zentrum sollte sich doch endlich überlegen, ob einer seiner Führer sich noch immer als diabler Freund vor Barmat stellen soll. Der Strafprozeß würde es an den Tag bringen, wie es mit Herrn Richter und Herrn Heilmann bestellt ist.

Abg. Kuffner (Soz.) meint, wer die 52 Sitzungen des Barmat-Ausschusses mitgemacht hat, müsse sich über den Mut wundern, mit dem längst widerlegte Sachen im Plenum immer wieder vorgebracht würden. Die Rechte scheine gegen jeden Sozialdemokraten, der einen Eid schwört, einfach den Vorwurf des Meineides zu erheben. Als Heilmann sich für die Kreditangelegenheit interessierte, habe jeder Mensch glauben müssen, daß die Kredite von der Staatsbank sachgemäß geprüft und nur bei genügender Deckung genehmigt würden. Heilmann könne nicht darunter leiden, wenn die strengen Vorschriften von der Seehandlung nicht innegehalten worden seien.

Abg. Kaufhold erklärt, er habe aus den Darlegungen des Abg. Kaufhold nicht die politische Behauptung des Meineides herauslesen können; deshalb habe er auch nicht eingegriffen. (Protestrufe v. d. Soz.)

Abg. Bartels (Komm.) lehnt für seine Partei die Beschlüsse des Barmat-Ausschusses ab. Die Arbeiterklasse werde Rechenschaft verlangen von den Sozialdemokraten über die Art, wie diese Partei proletarische Interessen vertrete.

Damit ist die Besprechung des Berichts des Barmat-Ausschusses beendet und es folgt die Aussprache über den Haushalt der Seehandlung. Dabei weist Berichterstatter Abg. Dr. Leidig (D. Sp.) darauf hin, daß der Verlust aus der Barmat-Angelegenheit sich von 17 auf 20 Millionen erhöht habe. Es ergäbe sich daher bei der Staatsbank kein Geschäftsgewinn. Trotzdem habe sich der Hauptauschuß, da sich die Verluste nur auf einen bestimmten Geschäftskomplex beschränkten, mit der Verteilung einer Lantime für 1924 einverstanden erklärt. — Abg. Woenig (Soz.) behauptet, daß die Staatsbankfrage eine Systemfrage sei.

Abg. v. Waldhausen (Dnat.) meint, bei den Verlusten der Staatsbank habe das bürokratische Ressortsystem und die mangelnde Zusammenarbeit große Schuld.

Um 4 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr verlegt. Außerdem: Haushalt des Finanzministeriums, Abstimmungen.

Obwohl ein Geheimpolizist betundere, daß Bagy zum Aufstand aufgefordert habe. Wo sonst die Aussage eines Polizisten alle Entlastung zu Boden schlägt, wurde Bagy freigesprochen. Das hochherdige Gericht glaubte dem Angeklagten!

Es war schon vorher aufgeflossen, daß die Polizei merkwürdig milde gegen Bagy war. Nun soll die Bagy-Partei auch noch das Zugmittel gewesen sein, das den ehemaligen Volkskommissar Rakosi nach Ungarn gelockt hat. Der Freispruch erscheint vielen als der Dant an Bagy.

Strafmilderung für Beniczky.

Die „Königliche Curie“ als höchste Instanz setzte das Urteil gegen den ehemaligen Minister des Innern Beniczky von drei Jahren Gefängnis auf 1 Jahr und 8 Monate und eine Geldstrafe von 15 Millionen Kronen herab. Als Nebenstrafe wurde zweijähriger Amisverlust ausgesprochen. Gleichzeitig wurde gestattet, daß der Verurteilte während seiner Gefangenschaft von der Gefangenearbeit enthoben werde und sich aus eigenem Bestreben in die Strafe in die Untersuchungsanstalt von vier Monaten und zehn Tagen eingerechnet.

Man erinnert sich wohl, daß Beniczky verurteilt wurde, weil er öffentlich nachgewiesen hat, daß Horthy selbst die Ermordung unserer Genossen Somogyi und Bocso veranlaßt hat.

Pariser Krisenbericht.

Noch keine Einigung.

Paris, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die politische Krise dauert fort. Von restloser Annahme des in der Delegiertenversammlung der Linken in der Nacht zum Mittwoch aufgestellten Minimalprogramms durch die Regierung ist einstweilen nicht die Rede. Poincaré hat auch nicht, was am Mittwoch angekündigt wurde, der Finanzkommission einen völlig neuen Gesetzentwurf unterbreitet, er hat lediglich die eingebrachte Vorlage nach den Beschlüssen der Finanzkommission geändert. Den Forderungen des Kartells ist darin „oweit Rechnung getragen, als auf die Maßnahmen inflationistischer Natur verzichtet wird. Wenn auch der Gesetzentwurf in seiner neuen Form den Forderungen der Linken entgegenkommt, so ist von da bis zur völligen Realisierung des Minimalprogramms noch immer ein recht beträchtlicher Weg. Trotzdem hat man in der Linken die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Regierung auf dem Wege der Konzessionen noch weiter treiben zu können und so schließlich doch noch zu einer Verständigung gelangen zu können. Wie weit solche Hoffnungen berechtigt sind, darüber werden wohl erst die nächsten Tage entscheiden. Von wenig günstiger Vorbedeutung ist es jedenfalls, daß innerhalb der bürgerlichen Gruppen des Kartells schon wiederum Tendenzen zu einem neuen Umfall bemerkbar sind.

Frankes Nachfolger Woroschloff erwähnt in seinem Eintrittsbefehl an die russische Armee die zu Frankes Tod eingelieferten Beileidstelegramme, darunter ein vom General v. Seeck.

Die nordamerikanisch-italienischen Verhandlungen haben einem Schiedsgerichtsinstitut und Abkommensabkommen geführt.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftliche Werbearbeit. Zur Gewinnung der Arbeiterinnen.

Das Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee wendet sich in einem Aufruf an die organisierte Arbeiterin der ganzen Welt mit dem dringenden Ersuchen, mehr als bisher dafür zu wirken, daß die erwerbstätigen Frauen der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden. Es wird in dem Aufruf insbesondere auf die Schäden hingewiesen, die nicht nur die erwerbstätigen Frauen, sondern der Arbeiterschaft überhaupt dadurch erwachsen, daß die überwiegend unorganisierten Arbeiterinnen erheblich schlechter als die Arbeiter entlohnt werden.

Die Ursachen des Fernbleibens der Frauen von der gewerkschaftlichen Organisation sind bekannt. Die wesentliche Ursache ist, daß man allgemein, besonders aber in der Familie annimmt, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen nur eine vorübergehende sei. Es heißt dann weiter in dem Aufruf:

Für die mangelhafte Organisation der weiblichen Arbeitnehmer sind die männlichen Arbeitnehmer mit verantwortlich, und sie sind mit daran schuld, wenn die weiblichen Arbeitnehmer der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit im Wege stehen. Die weiblichen Arbeitnehmer sind allerdings schwerer als die männlichen Arbeitnehmer für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen; sie sind aber, wie die Erfahrungen in allen Industrieländern zeigen, immerhin zu gewinnen. Ueberall existiert bereits ein Kern überzeugter weiblicher Gewerkschaftsmitglieder. Diese Tatsache berechtigt zur Annahme, daß auch die übrigen weiblichen Arbeitnehmer für die Gewerkschaften zu gewinnen sind, wenn sich alle verfügbaren Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung der Gewinnung der weiblichen Arbeitskräfte zuwenden.

Noch entsprechen in keinem Lande die Arbeitsbedingungen der Frauen dem Werte und der Bedeutung ihrer Arbeit, noch sind die weiblichen Arbeitnehmer unbewußt und oftmals gegen ihren Willen Lohnrücker! Diese Verhältnisse werden sich ändern, wenn die weiblichen Arbeitnehmer mehr als bisher in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind.

Auf zur Werbearbeit, zur Gewinnung der weiblichen Arbeitnehmer für diese Idee!

Auf zum Kampf für bessere Lebensbedingungen für die gesamte Arbeitnehmerschaft!

Hélène Burniaux-Belgien, Henriette Crone-Dänemark,
Mary Qualls-England, Jeanne Chenevard-Frankreich,
Gertrud Hanna-Deutschland.

Eine Kundgebung der Eisenbahner. Einheitliche Kampffront.

In der vom Einheitsverband der Eisenbahner am Mittwochabend nach dem Lehrereinschuss einberufenen überfüllten Versammlung der Berliner Eisenbahner sprach Genosse Smejsal-Bien, Vorsitzender des österreichischen Eisenbahnerverbandes und Vizepräsident der österreichischen Bundesbahnen, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der österreichischen Eisenbahner.

In seinem mit echt österreichischem Humor gewürzten Vortrag wies er nach, daß es in Oesterreich, gelungen ist, mit Hilfe der einheitlichen Organisation die Verhältnisse bei den Bundesbahnen so zu gestalten, wie es im weitestgehenden Interesse der Eisenbahnbediensteten liegt. Gewiß habe man in Oesterreich, das unter den Wirkungen des verlorenen Krieges bedeutend schwerer zu leiden hat als Deutschland, den Eisenbahner nicht das Himmelreich auf Erden bringen können. Aber soviel müsse schon gesagt werden, daß sich die Gewerkschaften in Oesterreich einen größeren Einfluß auf die Verwaltung erzwungen haben als in Deutschland. Die österreichischen Gewerkschaften waren und seien sich stets bewußt, daß sie von heute auf morgen die soziale Frage nicht lösen können. Sie hätten aber erreicht, daß die Besoldungs- und Arbeitsfragen so geregelt worden sind, wie es die ökonomischen Verhältnisse Oesterreichs eben zulassen. Das Vorbildhafteste gegenüber den deutschen Verhältnissen sei, daß die Verwaltungen der österreichischen Bundesbahnen zu jeder, auch der geringsten Maßnahme,

die Zustimmung der Betriebsvertretung bedarf. Auf Grund dieses unbeschränkten Mitbestimmungsrechts seien der Personalabbau, die Besoldungsordnung und viele andere Dinge so geregelt worden, daß den Eisenbahnern kein Schaden, wie gerade in Deutschland, erwachsen ist. Smejsal richtete zum Schluß an die deutschen Eisenbahner den Rapphru, die Gedanken der Einheitlichen Organisation in die weitesten Kreise der Eisenbahner zu tragen, damit es ihnen endlich möglich wird, ihre geradezu schändlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse von Grund auf umzugestalten.

Nach dem heillosig aufgenommenen Vortrag ging der Bezirksleiter Genosse Dressel auf die deutschen und besonders die Berliner Verhältnisse ein. Ueberall regen sich die Eisenbahner und fordern eine Aufbesserung ihrer Bezüge und eine Aenderung ihrer

Arbeitsbedingungen. Die vielen im Berliner Bezirk aufgestellten Forderungen sind auf eine Linie gebracht und der Reichsbahndirektion Berlin am Sonnabend voriger Woche übermittelt worden. Die Berliner Eisenbahner fordern eine

Lohnerhöhung um 15 Pf., Rückkehr zum Achtstundentag, Verminderung der Lohngruppen von 8 auf 5.

Der Vorwurf der Reichsbahn muß entschieden zurückgewiesen werden, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder zu Lohnforderungen „aufreizen“. Die allerorts abgehaltenen Versammlungen sowie die vielen Anträge und Entschließungen zeigen deutlich genug, daß die Reichsbahn selbst der Aufreißer ist, weil sie ihre Arbeiter und Beamten nicht menschenwürdig entlohnt und beschäftigt.

Nach einer ausgedehnten Diskussion wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands einberufene überfüllte Versammlung der Berliner Eisenbahner erhebt

Achtung, Metallarbeiter!

Die Wahlkörperversammlungen zu besuchen ist eure Pflicht!

Die Kommunisten bieten alles auf, um wieder Einfluß zu gewinnen und die Ortsverwaltung zum Objekt ihrer Parteipolitik zu machen. Dieser Versuch muß zurückgewiesen werden! Dem DMB die gewerkschaftlichen Aufgaben! Fort mit der Parolenpolitik! Moskous

flammenden Protest gegen die Gehalts- und Lohnpolitik der Reichsbahngesellschaft. Die durch den andauernden Personalabbau bewirkte Ausbeutung der Beamten und Arbeiter hat zu schweren Schädigungen von Leben und Gesundheit der Bediensteten geführt. Der Versuch der Reichsbahngesellschaft, die Schuld an den sich häufenden Eisenbahnunfällen dem Personal zuzuschreiben, wird zurückgewiesen. Die von der Verwaltung beliebte Personalpolitik muß in allerhöchster Zeit zu schweren Erschütterungen des Betriebes führen. Die Versammelten geloben, alles daran zu setzen, um denjenigen Einfluß auf ihre Lohn- und Gehaltsbedingungen zu erlangen, wie die österreichischen Berufskollegen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der restlose Zusammenschluß aller Beamten und Arbeiter in einer einheitlichen Organisation zwingende Notwendigkeit. Die von der Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Reichsbahndirektion unterbreiteten Forderungen finden die Billigung der Versammlung. Darüber hinaus fordert die Versammlung von den Hauptvorständen der bestehenden Eisenbahnerorganisationen sofortige Kollisionsnahme zwecks Herbeiführung einer gemeinsamen Kampffront aller Reichsbahnbeamten und Arbeiter. Ferner ist in Berlin mit den übrigen Verkehrsarbeitern die Verbindung sofort aufzunehmen, um die einheitliche Bewegung auf breitere Grundlagen zu stellen. Den obeits stehenden Berufskollegen rufen die Versammelten zu: Wacht auf, ehe es zu spät ist!

Paul Dupont, der Siebzigjährige.

Paul Dupont, der langjährige Vorsitzende des Bildhauerverbandes, der insbesondere vielen alten Genossen in Berlin ein lieber Freund ist, ist ein Berliner Kind. Hier ist er am 13. November 1855 geboren und hat hier den größten Teil seines Lebens verbracht. Als außergewöhnlich tüchtiger Arbeiter in seinem Bildhauerberuf genoss er in seinem Arbeitsverhältnis größere Freiheit, die es ihm gestattete, sich lebhaft für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu interessieren. Gleich nach Beendigung seiner Lehrzeit im Jahre 1874 war er dem damals lokalen Verein der Berliner Bildhauer beigetreten. Er wirkte hier lebhaft für die Schaffung einer Zentralorganisation, die 1881 mit dem Sitz in Stuttgart gegründet wurde. Bei der Sitzverlegung nach Berlin wurde Dupont zum besoldeten Verbandsvorsitzenden und Redakteur des Verbandsorgans gewählt. Am 1. Januar 1889 trat er dieses Amt an, das er mehr als 30 Jahre verwalte, nämlich bis zu dem am 1. Oktober 1919 erfolgten Uebertritt des Bildhauerverbandes zum Deutschen Holzarbeiterverband. Seither ist Dupont im Holzarbeiterverband tätig, denn nach wie vor ist die Wahrnehmung der besonderen Interessen der Bildhauer sein hauptsächlichstes Arbeitsfeld. Nicht nur auf sozialpolitischem Gebiet, mit hervorragendem Eifer widmet er sich der kunstgewerblichen Förderung seiner Berufsgenossen. Von den in zwangloser Folge erscheinenden Hefen „Die Bildhauerei“, die Dupont bearbeitet und die ein anerkannt wert-

volles Anschauungsmaterial enthalten, ist bereits das fünfte Heft erschienen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wirkte Dupont von 1896 bis 1901 und dann wieder von 1906 bis 1914. Er schied damals aus, weil er seinen Wohnsitz nach Karlsruhe verlegte.

Zum 1. Januar 1924 hat der Deutsche Holzarbeiterverband den damals achtundsechzigjährigen in den Ruhestand versetzt. Aber Paul Dupont kann nicht leben, ohne zu arbeiten. Er erscheint noch wie vor täglich an seinem gewohnten Arbeitsplatz und entfaltet eine ruhbringende Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft.

Seinen siebzigsten Geburtstag kann Paul Dupont heute in seltener körperlicher und geistiger Frische begehen. Die Arbeit erhält ihn jung und der süßliche Humor, den er sich bewahrt hat, macht ihn seinen engeren Freunden zum besonders liebenswerten Kameraden. Paul Dupont erfreut sich nicht nur in Berlin, sondern auch im ganzen Reich und darüber hinaus eines großen Kreises von Freunden und Verehrern. Sie alle vereinigen sich in dem Wunsch, daß dem Geburtsstagskinde noch ein recht langer und heiterer Lebensabend beschieden sein möge.

Ein österreichisches Arbeiterversicherungs-Gesetz.

Die österreichische Regierung hat im Nationalrat den Entwurf eines Arbeiterversicherungs-Gesetzes eingebracht, der die Krankenversicherung, Unfall- und Arbeitslosenversicherung der Arbeiter einführt. Versicherungspflichtig und versichert soll nach diesem Entwurf für den Fall der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und der Invalidität, des Alters und des Todes sowie für die Folgen eines Arbeitsunfalles jeder sein, der auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses beschäftigt ist.

Für die Angestellten besteht bereits ein eigenes Versicherungs-Gesetz. In der nächsten Zeit soll nach die Versicherung der Land- und Forstarbeiter sowie die Altersversicherung der selbständig Erwerbstätigen gefordert geregelt werden.

In einem eingehenden Erfolge über die eingebrachten Arbeiterversicherungen erklärt der christlichsoziale Minister Dr. Reich, die Regierung sei sich dessen vollkommen bewußt, daß die Birtchaft in der Gegenwart die Belastungen, die ihr aus diesem Gesetz erwachsen, „nicht zu tragen vermöge“, und daß an die praktische Einführung der Arbeiterversicherung erst bei einer Besserung der Wirtschaftslage zu denken sei. Durch die Neuregung der Versicherung würde sich die Belastung für die Arbeitgeber von 69 auf 122, die der Arbeitnehmer von 101 auf 107 Millionen Schilling erhöhen.

Gewerkschaftliche Einigung in Jugoslawien.

Im Oktober tagte in Belgrad ein gewerkschaftlicher Einigungskongress, der zur Verschmelzung der beiden bisher vorhandenen gewerkschaftlichen Landeszentralen führte. Dem Kongress waren während vier Monaten Verhandlungen vorangegangen, deren Grundgedanke die Anerkennung des G.B. und der von diesem vertretenen gewerkschaftlichen Grundzüge waren. Der Kongress wurde von 108 Delegierten besucht und nahm einstimmig die von einem siebengliedrigen Vorbereitungs-Komitee vorgelegten Resolutionen und Satzungen an.

Der neugebildeten Landeszentrale können nur gewerkschaftliche Organisationen angehören, die vollkommen selbständig und von allen politischen Parteien unabhängig sind. Jegliche Propagierung von Parteibedenken sowie Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die gewerkschaftliche Organisation den Interessen irgendeiner politischen Partei nutzbar zu machen, haben den Ausschluß aus der Landeszentrale zur Folge.

In den Satzungen ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Landeszentrale dem G.B. angehört und die angeschlossenen Berufsverbände den resp. internationalen Berufssekretariaten angeschlossen sein müssen. Mit der vollzogenen Einigung gewinnt die bisher dem G.B. angeschlossene Landeszentrale nur etwa 3000 bis 4000 Mitglieder, doch ist zu hoffen, daß die Einstellung der bisherigen gegenseitigen Feindschaft in Jugoslawien einen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung zur Folge haben wird.

Der Name der neuen Organisation lautet: Ujedinjeni Radnici i Sindikatsni Savez Jugoslavije (Vereinigter Gewerkschaftsbund Jugoslawiens).

Achtung, Bauarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Holzmann auf der Baustelle Reinickendorf, Halländerstraße, sind beigelegt. Die Ausbesserung ist aufgehoben.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin.

Verein der Alford-Steintügel Groß-Berlins.

Besondere für: Groß Meister: Wirtschaft: Heinz Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schorn; Funktion: R. S. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Ed. Glöck; ähnlich in Berlin. Berlin: Bauarbeiter-Bund G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co. Berlin SW 68. Vichstr. 1. Hierzu 2 Beilagen und „Angehörige und Wissen“.

A. WERTHEIM

Billigste Lebensmittel

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

- ### Frisches Fleisch
- Rindersuppenfleisch ... Pfund 75 Pf.
 - Rinderkamm u. Brust ... Pfund 80 Pf.
 - Schmorfleisch mit Knochen ... Pfund 1 M
 - Kalbskamm und Brust Pfund 75 Pf.
 - Kalbskeule u. Rücken ganz und geschl. P. d. u. R. Köcken Pfund 90 Pf.
 - Hammelvorderfleisch u. R. Köcken Pfund 80 Pf.
 - Schweinebauch Köcken und Blatt, mit Beilage, Pfund 120
 - Schweineschinken ... Pfund 125
 - Lieser ... Pfund 125
 - Gehacktes Fleisch ... Pfund 75 Pf.
 - Ia Suppenfleisch gefroren ... Pfund 60 Pf.

- Kochäpfel Pfd. 10 Pf.
- Schöner v. Boskoop 18 Pf.
- Reinetten Landsberger, Pfund 18 Pf.
- Tiroler Edelrot Pfd. 22 Pf.
- Bananen ... Pfund 55 Pf.
- Ananas ... Pfund 95 Pf.
- Rot-Weiß-Wirsing 4 Pf. Kohl (Holl.) Pfund gewaschen
- Mohrrüben Pfund 5 Pf.
- Zwiebeln ... Pfund 6 Pf.
- Sellerie Pfund 10 Pf. 18 Pf.
- Blumenkohl Kopf v. 20 Pf. an
- Dauermaronen Pfd. 30 Pf.
- Linsen gut Koch. Pfund 20 Pf.
- Tafelreis ... Pfund 22 Pf.
- Schnitt-Nudeln Pfd. 28 Pf.
- Bosn. Pflaumen Pfd. 42 Pf.
- Gem. Backobst Pfd. 52 Pf.

- Heringe grüne Pfd. 95 Pf.
- Rotbarsch oh. Kopf, Pfd. 22 Pf.
- Kabeljau g. Fisch, Pfd. 25 Pf.
- Scheiffische ... Pfd. 28 Pf.
- Hechte lebende, Pfund 105
- Spieg.-Karpfen lebend, Pfund 125
- Scheiffische 38 Pf. geräuchert, Pfund
- Bücklinge feinn, Pfd. 45 Pf.
- Flundern geräuchert, Rüben, Pfd. 68 Pf.
- Flundern mittel, Pfund 45 Pf.
- Seelachs in Stücken, Pfd. 55 Pf.
- Lachs in Stücken, Pfd. 220 | 95
- Bismarckkranz 50 Stück
- Mandelkranz Stück 50 Pf.
- Brezeln ... Stück 50 Pf.
- Streuselkuochen 50 Pf. gefüllt, Stück
- Apfelstrudel Stück 50 Pf.

- Rotwurst Pfund 120
- Landleberwurst Pfd. 120
- Gefüllt. Schinken Pfd. 150
- Jagdwurst ... Pfund 150
- Leberwurst feinn, Pfund 175
- Braunschweiger Pfd. 175
- Salamiwurst Holst. Pfd. 195
- Zervelatwurst Holst. 195
- Mag. u. fetter Speck 170 Deutsche Ware, Pfund
- Schinkenspeck Pfd. 2 M
- Nußschinken Pfund 210
- Tauben große, St. 98 Pf.
- Suppenhähne Pfund 120
- Brat- u. Suppenhuhn. Junge, Pfund 155
- Junge Mastenten Pfd. 160
- Junge Gänse Pfd. 125 | 35
- Kaninchen gestreift und ausgewaschen, Pfd. 95 Pf.

- ### Käse u. Fette
- Allg. Stangen-Limburger Pfd. 85 Pf.
 - Dänischer Gouda-Käse Pfund 85 Pf.
 - Tilsiter Käse ... Pfund 85 Pf. vollk. 110
 - Holländer Käse ... Pfund 115
 - Schweizer Käse 130 Pfund 145 bayr. Pfd.
 - Speise-Margarine ... Pfund 58 Pf.
 - Ausgelassener Talg ... Pfund 62 Pf.
 - Kokosfett ... 1 Pfund-Tal. 68 Pf.
 - Tafelbutter ausgewogen ... Pfund 220
 - Dänische Butter ausgewogen, Pfund 240

- ### Konserven
- Kohlrabi 1 mit Gurk 62 Pf.
 - Jg. Schoten mittelhell 50 Pf.
 - Jg. Schoten sehr feinn 210
 - Bruch-Spargel Köpfe 185
 - Bruch-Spargel 2 Lin 2 M
 - Stg.-Spargel stark 355
 - Stg.-Spargel schwach 375
 - Rote Rüben 4 Pfund-Dose 135 70 Pf.
 - Kürbis rheinischer 75 Pf.
 - Pflaumen mit Stein 70 Pf.
 - Preiselbeeren Dose 1/2 10 Pfund-Elmer 4.35 | 29
 - Ananas Hawaii 1. Schelk. 2.25
 - Johannisbeer-Gelee 5 Pfd.-Elmer 270 Glas 60 Pf.
 - Konfitüren Orangen, 1 Pfd.-Glas 60 Pf.
 - Orangen, Johannisbeer Pflaumen, 2 Pfd.-Elmer 110
 - Rirsch u. Himbeer 2 Pfund-Elmer 150
 - Oelsardinen 1/2 Dos. 90 Pf. Klisch. 52 Pf.
 - Rindfleisch 2 Pfd.-Dos. 125

Frisch gebrannter Kaffee 6 Sorten, Pfund von 260 bis 460

Spezial-Mischung mit 30 Proz. Bohnenkaffee, Pfund 76 Pf. mit 40 Proz. 140

Spielwaren-Ausstellung
in allen 4 Geschäften

- ### Wein
- Preise für 1/2 Flasche (ungetrunken), ohne Glas
- 1923 Halsfelder milder Pfalzwein 90 Pf.
 - 1928 Dürk. Schloßgr. Riesl. Stadt Dürkheim 160
 - 1922 Pilsporter Falkenberg spritziger Mosel 180
 - 1921 Niersteiner gehaltvoll 180
 - 1922 Kirchheimer roter Tischwein 1 M
 - 1922 St. Justin „Castillo Ripalda“ milder span. Rotwein 150
 - Chianti „Conte d'Oro“ ital. Rotwein 160
 - 1921 Wandersheimer Berg Beck. Rhein. Rev. 2 M
 - 1917 Fleury, Burgund 210
 - 1918 Chät. Courtillac Bordeaux 250
 - Tarragona rot, süß 125
 - Ruster Gold süßer 3. Erzeugungsein. Tokajer. 180
 - Malaga goldfarben. 165
 - Portwein feinn, alter 2 M
 - A. W. Spezial Cuvée gut. Ta. einel. Pfund 4 M
 - Jamaika-Rum-Verschn. 40 Vol. Prozent 320

Der Fluch dieser Zeit.

Der Giftgasdunst von fünf Jahren Krieg, die durch ihn herbeigeführte Forderung aller Gesetze, der wilde Taumel in der fürchterlichen Inflationsperiode, dieser Zwang eines kalten, herz- und stummen Verdienbetriebes — das alles ist der Fluch dieser Zeit. Ueberall gärt es, gewiß. Aber noch ist es schwer, ein ganzer Mensch zu werden, sich frei zu fühlen und glücklich zu sein. Seht in die Gerichtssäle, wenn ihr die Opfer dieser Zeit erkennen wollt! Nur wenige von denen, die auf der Anklagebank Platz nehmen müssen, sind tatsächlich Verbrechernaturen, Bedroher der Gesellschaft und Feinde der Menschlichkeit.

Zwei Einzelbilder aus einer Gerichtsverhandlung; zwei Bilder und doch nur eines, eben das Bild dieser Zeit:

Auf der Anklagebank sitzt ein junger Bursche, 21 Jahre ist er alt, seine „Leistung“ dafür schon verhältnismäßig bedeutend: Diebstahl, Unterschlagung, Urkundenfälschung. Er war ein kleiner Angestellter mit kleinem Gehalt, Beklagenswertes Los von Hunderttausenden, auch von solchen, die wie der Angeklagte „höher hinaus“ wollten. Aber die Verstandlichkeit und Gemeinsamkeit des Bunschens berechneten nicht, Geld zu „verlieren“ und sich außerdem Beträge von insgesamt 2700 M. Höhe bei der Kasse der eigenen Firma mit auf raffinierte Weise selbst angefertigten Belegen abzuheben; die notwendige Gegenzeichnung mit einem Signum der Geschäftsleitung wird auch gleich von dem 21jährigen Herrn Großkaufmann persönlich vorgenommen. Allein auf solche schwere Urkundenfälschung steht Juchhaus. Trotzdem lautet das Urteil nur auf neun Monate Gefängnis. Abgesehen davon, daß die Kassierer die die Geldbeträge in sehr schlüssiger Weise zur Auszahlung brachte, fällt die Jugend des Burschen strafmildernd ins Gewicht. Vor nicht soll deshalb bestraft werden, nur nach den Grundtendenzen der Jugendfürsorge erzogen werden. Der Zwang der Freiheitsentziehung ist diesmal allerdings das Richtige, denn für bloße Jugenddummheit war das Vergehen zu raffiniert inszeniert. Verführer freilich war diese Zeit, die den Dandy schätzt und den Kleinen verachtet.

Da wollen die Kleinen schnell groß werden und wenn es ihnen endlich auf ehrliche oder unehrliche Weise gelungen ist, dann denken sie, das Glück muß ihnen immer bleiben; Herr H. wählte ein Lied davon zu singen, wenn ihm das Singen und das Frohsinn nicht schon längst vergangen wäre. Ein grausamer Bauhusch in röhrender Schlacht schuf eine Ruine aus Fleisch und Knochen. Morphem fettet die letzten Reste eines einst blühenden, ausfuchstvollen Lebens organisch ineinander. H. hatte sein Studium aufgeben müssen, er wurde Kaufmann. Offenbar auch hier nicht unwillig, hatte er Glück, verdiente er viel am Export, häuften ein kleines Kapital und erwarb sich einen guten Namen. Bis der Weloch Inflation nach allen Schätzen gierte. H., nicht warenarm, aber plötzlich geldknapp, kam in große finanzielle Verlegenheit. Es waren Rechnungen zu bezahlen, große Rechnungen, hier eine, da eine. H. hing an zu borgen, aber er war natürlich nicht in der Lage, seine Schuld zurückzahlen. Um seine Gläubiger über seine Vermögenslage zu täuschen, weist er primitiv selbstangefertigte, selbstunterstempelte und selbstunterzeichnete Briefe vom Finanzamt Bärse vor. Rot macht zum Betrüger. Und da ist es nun ein ganz wundervolles, fast feierliches Erlebnis, wie die Gläubiger, biedere, modere Leute aus dem Boite, für den Angeklagten eintraten: jeder ist überzeugt, daß er zahlen wird, wenn er zahlen kann; jeder weiß, daß sein Morphium, sein Kriegereliden und sein Berufspack mit an allem schuld ist; keiner bereut, dem Hungernden, der auch Frau und Kind ernähren soll, in Stunden der Not geholfen zu haben.

Lange, lange beraten Richter und Schöffen. Ihr Spruch: 6 Monate Gefängnis — Bewährungsfrist. Alles atmet erleichtert auf, froh ist der Verteidiger, glücklich der Angeklagte. Eine neue Existenz gibt ihm Gelegenheit, seine Schuld zu ordnen. Er wird die Gelegenheit, nicht nur aus Angst vor dem Zwang der Gitterstäbe, bestimmt ergreifen. Denn er ist wirklich kein schlechter Mensch, sondern ein Opfer dieser Zeit, die ihn mit der Qual einer Kriegswunde, mit Morphium und Inflationstüde traktierte, fesselte, hielt. Und „schuld“ werden ließ.

Diesmal muhten es die Richter: es war die Zeit. Wählten sie es doch immer und überall!

Sonderzug Anhalt—Berlin.

Am Sonnabend, den 14. November, verkehrt ein billiger Sonderzug vierter Klasse von Dessau ab 4 Uhr nachmittags nach

Berlin. Potsdamer Bahnhof, an 7.06 Uhr abends, der am Sonntag 8.05 Uhr abends zurückfährt und 10.39 Uhr nachts wieder in Dessau eintrifft. Für Bitterfeld, Köthen, Zerbst und Roswig bestehen für Hin- und Rückfahrt planmäßige Anschlußzüge, zu denen die ermäßigten Sonderzugarten Gültigkeit haben. In Berlin ist für Uebernachtung, Befestigungen, Führungen, gemeinsames Mittagessen usw. vorgesorgt, wofür bei Entnahme der Fahrkarte billige Zusatzkarten gelöst werden können. Der Fahrkartenerwerb erfolgt auf den Einsteigestationen, über die wie über die Fahr- und Zusatzkartenpreise sowie die näheren Bedingungen die Aushänge auf den Bahnhöfen Aufschluß geben.

Schnee in Berlin.

Nach dem Temperaturabfall in den letzten Tagen ist es gestern abend auch in Berlin zu einem Schneefall gekommen. Auch für den heutigen Tag ist nach der allgemeinen Wetterlage mit weiteren Schneefällen zu rechnen. Nachrichten aus den übrigen Teilen Deutschlands lassen erkennen, daß dort der Winter sich bereits recht energisch angekündigt hat.

Breslau, 12. November. (M.B.) In ganz Schlessen sind bei Rältegraden heute ununterbrochen große Schneefälle niedergegangen, die den Schneepfort in den schlesischen Gebirgen ermöglichen. Bad Reinerz meldet — 3 Grad und 30 Zentimeter Schnee, Salsbrunn 0 Grad und 25 Zentimeter Schnee, Hensburg — 2 Grad und seit 11 Uhr vormittags ununterbrochen Schneefall, Schreiberhau — 2 Grad und 15 Zentimeter Schnee, Krummhübel — 3 Grad und 15 Zentimeter Schnee. Ueberall schneit es stark weiter.

Dresden, 12. November. (M.B.) Nachdem die Temperatur in der vergangenen Nacht unter den Gefrierpunkt gesunken war, trat heute in Dresden und Umgebung Schneefall ein, der auch in den Abendstunden bei 0 Grad noch anhält. Aus dem Erzgebirge werden 4 Grad Kälte gemeldet.

Reichsbahn und Rota-Werke.

Ein Betrugsprozeß.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III fand gestern die Berufungsverhandlung in dem Betrugsprozeß der Reichsbahn gegen die Rota-Werke statt. Für die Verhandlungen sind mehrere Tage vorgezogen. Auf der Anklagebank sitzen die Angeklagten Direktor März, Werkmeister Kaiser, Obermeister Kufel und der Eisenbahningenieur Rau. Von den Angeklagten und auch vom Staatsanwalt war gegen das Urteil des Schöffengerichts Wedding Berufung eingelegt worden.

Wegen umfangreicher Betrügereien die zuungunsten der Reichsbahn gingen, die um Millionen geschätzt wurde, war der Hauptangeklagte, Direktor März, zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und die anderen Angeklagten wegen Beihilfe zu Gefängnisstrafen von 4 bis 10 Monaten verurteilt worden. Dem Prozeß geht kurz folgender Tatbestand voraus. Die Rota-Werke hatten mit der Reichsbahn einen 5jährigen Vertrag geschlossen, wonach das Werk die Reparaturen von beschädigten Güterwaggons, Kesseln und Lokomotiven und später auch von Personenwagen zu übernehmen hatte. Während zuerst keine Höchstgrenze für Lohnstunden, die zur Reparatur eines Waggons nötig waren, festgelegt wurde, wurde der Vertrag dahingehend ergänzt, daß auf 1 Wagon nicht mehr als 500 Arbeitsstunden geschrieben werden dürfen. Mehrere Jahre arbeiteten Auftraggeber und Werk gut miteinander, bis die Reichsbahn den Vertrag kündigte, mit der Begründung, daß sie sich durch Mehranschriften fingierter Lohnstunden betrogen fühlte. Infolge der Kündigung des Vertrages führten die Rota-Werke einen Zivilprozeß gegen die Reichsbahn und erzwangen durch einstweilige Verfügung, die Weiterführung des Vertrages. Die Verhandlung, auf der von Direktor März der Nachweis erbracht, und durch beidseitige Zeugenaussagen Kaiser und Kufels bekräftigt wurde, ergab, daß keine fingierten Stunden angegeschrieben worden waren. Die Reichsbahn kam aber auch dahinter, daß von den Rota-Werken über hundert Waggons der Bahn als repariert in Rechnung gestellt worden waren, die niemals das Werk gesehen haben. Diese sogenannten „Luftwaggons“, hauptsächlich belgische Beutewagen, rüdten die große Betrugsaffäre in ein wesentlich anderes Licht. Kaiser hatte bei der ersten Verhandlung eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, daß keine fingierten Stunden umgelegt worden sind. Vor einigen Tagen jedoch erschien er vor Gericht und bezichtigte sich selbst des Faltscheides und wollte die Wahrheit dahingehend gestehen, daß doch fingierte Stunden eingetragen worden

seien. Dieses Faltscheides wegen wurde er am Dienstag vom Schwurgericht zu 6 Monaten Gefängnis mit mildernden Umständen, der Selbstbezichtigung wegen, verurteilt.

Zum Beginn der gestrigen Verhandlung erfolgte zuerst eine kurze Vernehmung der Angeklagten. März, Kaiser und Kufel hatten sich aus kleinen Anfängen zu ihren Stellungen emporgearbeitet, ebenso der Eisenbahningenieur Rau, der als Ueberwachungsbeamter der Reichsbahn bei den Rota-Werken seinen Dienst tat. Als Zeuge und Sachverständiger der Reichsbahn war der Sachverständige Schubert mit einem umfangreichen Attematerial, das eine kleine Registeatur für sich bildete, anwesend. Ausführlich wurde zunächst nur Rau vernommen. Er schilderte seine Kontrolltätigkeit bei den Rota-Werken. Ebenso schlierhaft wie die fingierten Lohnstunden sind ihm noch seiner Aussage die Luftwaggons. Es besteht die Möglichkeit, daß er das Opfer des Vertrauens, das er in die ihm unterstellten Kontrollbeamten gesetzt hat, geworden ist. Immerhin hat er, wie die Verhandlung ergab in leichtsinniger Weise die fortgesetzten Riesenbetrügereien übersehen, auf die er bestimmt hätte stoßen müssen. Auch die Lohnstunden sind von ihm nicht geprüft worden, so daß die Möglichkeit bestand, unproduktive Arbeiten einzulohnen. Jedenfalls müssen Beamte der Rota-Werke im Einvernehmen mit den Eisenbahnbeamten, die Unterlagen gefälscht haben, Rau beteuerte wiederholt, daß er dabei seine Hand nicht im Spiele hatte, daß er also unschuldig sei. Kurz vor Schluß der Verhandlung stellte der Angeklagte Kaiser noch die Behauptung auf, daß der Mitangeklagte Direktor März an Eisenbahnbeamte gebildete Zuwendungen gemacht habe, was dieser aber bestrittet. Die heutige Verhandlung wird wahrscheinlich mehr Klarheit in diese dunkle Betrugsaffäre bringen, in der auch die anderen Angeklagten einem eingehenden Verhör unterzogen werden.

Die Betrugsmanöver der KPD.

Eine verdiente Ohrfeige.

Die Kommunistische Partei im Bezirksverband Brandenburg hat dem Bezirksverband der SPD Brandenburg eine Listenverbindung zur Sammlung der Reststimmen für die Provinziallandtagswahl angeboten. Die KPD hat ihren Brief, bevor überhaupt die Möglichkeit der Antwort bestand, der „Roten Fahne“, Ausgabe B, vom Dienstag, den 10. November zum Abdruck gebracht. Der KPD wurde daraufhin von unseren Genossen folgende Antwort erteilt:

Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 7. d. M. betreffend Listenverbindung zur Sammlung der Reststimmen für die Provinziallandtagswahl und gestatten uns hierzu folgende Bemerkungen: Die Sozialdemokratische Partei muß es grundsätzlich ablehnen, zu Briefen Stellung zu nehmen oder Antwort darauf zu geben, wenn diese Briefe durch Abdruck in den Zeitungen der Öffentlichkeit übergeben werden, bevor der Adressat die Möglichkeit der Antwort gehabt hat. Durch den Abdruck des Briefes der Bezirksleitung Brandenburg der KPD, an den Bezirksverband Brandenburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist offensichtlich festgestellt, daß der Zweck des Briefes ein rein propagandistischer sein soll. Hinzukommt, daß wir in der Lage sind, Ihnen mitteilen zu können, daß der Kommunist Jiaja in einer Sitzung in Gleichem folgendes erklärt hat, das den Charakter Ihres an uns gerichteten Briefes deutlich zeigt:

„Der erste und stärkste Gegner der KPD in jedem Wahlkampf ist die Sozialdemokratische Partei. Aber die KPD muß die SPD in Verwirrung bringen. Jeder sozialdemokratische Arbeiter muß vor der Wahl im Sinne der KPD beeinflusst werden. Die SPD muß in eine Zwickmühle kommen. Dazu ist nötig, daß die KPD ihr eine Listenverbindung vorschlägt. Der Vorschlag für die Listenverbindung wird nur eine Farnahme, ein taktischer Zug, ein Betrugsmanöver sein. Die Bezirksleitung der KPD weiß ganz genau, daß die SPD die Listenverbindung ablehnen wird. Der Vorschlag ist ja auch nicht ernst gemeint, er ist lediglich ein geschickter Wahltrick der KPD, der dann aber auch ordentlich ausgeputzt werden muß. Wenn von der SPD die listverstandliche ablehnende Antwort eingeht oder veröffentlicht wird, muß die KPD in hundert öffentlichen und Betriebsversammlungen sagen: Nun seht den wahren Charakter der Sozialdemokratie. Wir Kommunisten wollten jede Zerpfitterung der Arbeiterstimmen vermeiden und mit der SPD eine Listenverbindung vereinbaren. Aber was machen die sozialdemokratischen Führer? Sie verraten von neuem das Proletariat, indem sie es grundsätzlich ablehnen, mit uns, den wirklichen Ar-

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Frau Behmann fiel förmlich aus den Kleidern früher war sie dicklich gewesen, jetzt war sie von der Sorge gequält: wenn ich mal nichts mehr zu tun kriege, dann muß ich verhungern. Sie sagte das wohl auch zu Olga und söhnte und schimpfte so auf die Undankbarkeit und Schlechtigkeit der Menschen, daß der ganz bange wurde. Mit der alten Frau war es wirklich traurig. Und traurig war das Leben ohne Sonne für die kleine Eva — aber wo sollte Olga hin mit dem Kind? Sie war jetzt avanciert im Atelier, erst hatte sie nur Räder genäht, jetzt war sie Zuarbeiterin für Tailen und bekam dreißig Mark die Woche. Wenn sie aber auch noch mehr bekommen würde, es reichte doch noch immer nicht für eine bessere Unterkunft.

In hongen Gedanken sah Olga tief über ihre Arbeit gebeugt. Und diese Gedanken fraßen sich ein in ihre Stirn und gruben Linien um ihre Mundwinkel. Die zwei Jahre Berlin waren nicht spurlos an ihr vorübergegangen, aber sie war noch immer hübsch genug, um die Blicke des einen oder anderen auf sich zu lenken. Doch sie merkte das gar nicht. Sie sah keinen an, ihr ganzes Sinnen war darauf gerichtet, so viel wie möglich zu verdienen. Sie wollte das Kind menschenwürdiger unterbringen, und sie hatte den Ehrgeiz, dem Vater, dem Bruder, der Schwägerin zu zeigen: „Seht, so weit bin ich jetzt, zu schämen braucht ihr euch meiner nicht mehr!“

An den Vater hatte sie nicht mehr geschrieben, Stefan hatte ihr gesagt: „Laß das man, ich weiß Bescheid, noch ist es ganz umsonst. Ich werde erst mal hinsahren und bei dem Alten sondieren.“ Aber bis jetzt war er noch immer nicht hingefahren. Ob der Vater noch immer so böse war? Wenn sie das Geld gehabt hätte, so wäre sie zu ihm gefahren. Sie hatte oft das Gefühl, er denkt doch sehr an dich, er liebt dich noch immer. Ach, wie traurig mochte es dem alten einsamen Mann zumute sein! Nun sie selber ein Kind liebte, mußte sie ganz genau, wie es in ihm aussehen mochte. Gerade in der letzten Zeit, da sie bei der Behmann manchen Tag das Kind schlecht versorgt wiederfand, — die Frau hatte es nicht gereinigt, auch vergessen, ihm die Milch warm zu machen —, stiegen sehnsüchtige Wünsche in ihr auf. Wenn sie ihre kleine

Eva hindrücke, deren Fingerchen anklopfen siehe an der ihr selber verschlossenen Tür?! Sie mußte jetzt so viel, so sehr viel an ihren Vater denken. Ein so frommer Mann, und, war es möglich, ein so harter Mann?! Wie reimte sich das zusammen, Kirchengehen und dann Nicht-verstehen-können? Herb lächelte sie, und eine Erbitterung setzte sich fest in ihr gegen das, was sie Religion nannte. Rein, es fiel ihr gar nicht ein, in die Kirche zu laufen, zur Messe zu gehen oder zur Beichte. Das erschien ihr jetzt als unnützes Getue. Da blieb sie Sonntags lieber ein bißchen länger liegen und schlief sich endlich einmal aus und brachte dann nachher das Kind an die Luft. Ihr Glauben an einen barmherzigen Gott war zu stark erschüttert, und nichts belebte den mehr. Die Lust der großen aufgefärrten Stadt atmete sie ein und die Nüchternheit der Arbeitsstube, wo alle Konfessionen nebeneinander saßen — aber Konfessionen, die selber von sich nichts wußten — diese tägliche graue Luft, in die kein Blodentklang drang, und vor allem nichts vom Duft des katholischen Ritus umgab sie. Wenn ihre Gedanken zurückirrten in jene Zeit, in der sie abendlich ihre Hände gefaltet hatte, lächelte sie bitter: das mühte ja alles nichts, Gebete waren Wünsche, die sich nie erfüllen. Statt die Hände zu falten, mußte man sich mit ihnen wehren; sie schob alle weichen Regungen von sich. Und doch wurde sie weich, als an dem nächsten Sonntag, an dem sie zu Wiltonskis kam, der Bruder ihr einen Brief zeigte, den er in dieser Woche vom Vater erhalten hatte. Darin fragte der Vater zum erstenmal wieder nach der Tochter: „Wie geht es Olga? Es wäre mir lieb, wenn Du mir bald ausführlich schreibst, was Du über sie weißt. Ich denke jetzt manchmal, ich bin doch zu hart gegen sie gewesen; in meinen Gedanken war ich es ja nie, aber ich hätte ihr antworten sollen.“ Olga liesen die Tränen übers Gesicht. „Ach, der Vater.“ schluchzte sie. Und mit einem Mal stand er vor ihr mit seinem kleinen saligen Gesicht, mit dem dünnen grauen Haar, mit dem etwas gebeugten Rücken, und den Augen, die schon recht müde und eingesunken waren. Ach, wenn sie doch hin zu ihm könnte! Sie beschloß, ihm aber jetzt gleich zu schreiben.

Und doch wurde sogleich nichts daraus. Der Montag kam wieder und das gehekte Aufstagen am Morgen und das erschöpfte Hinsinken am Abend. Und dann das Schlimmste: die Behmann wollte auf einmal die kleine Eva nicht mehr bei sich behalten.

„Ich kann das nicht mehr,“ behauptete sie. „Ich bin zu müde, um Kinder zu warten.“

„Aber meine Eva ist doch so artig, die macht doch gar keine Mühe!“ Olga hatte in Gedanken das Kind so oft von hier weggewünscht, nun sie aber den Platz verlieren sollte, packte sie die Angst. Sie hatte auch ja noch nichts Besseres, und wo fand sie das auch? Sie sah die Hände der Alten: „Ach, Frau Behmann, tun Sie mir das nicht an! Ich will ja gerne mehr geben, soviel ich irgend kann — alles, was ich verdiene. Behalten Sie doch die Eva!“

„Ich denke nicht dran.“ Die Alte versteifte sich eigen-sinnig. „Ich bin zu müde, um Kinder zu warten. Ich bin überhaupt zu müde. Der verfluchte Kerl von 'nem Polizeier schielt immer nach mir. Ich ziehe weg.“

„Dann können wir ja mitziehen, das ist doch kein Grund.“

„Aee, nee.“ Die Behmann schüttelte den Kopf und ließ sich auf nichts weiter mehr ein. Sie räsonierte nur unverständlich in sich hinein.

Olga ging mit schweren Gedanken zu ihrer Arbeit; über der vergah sie sich ein wenig. Sie hatte an einer großen Toilette zu tun für eine Dame, die ihr reizend und lebenswert vorkam. Als die Dame anprobierete, hatte die Direktrice die Arbeiterin rufen lassen, damit diese selber sah, wie das sitzen mußte: schlank und prall überall, kein Fältchen werfen auf der schönen Büste. „Das ist längst nicht akkurat genug,“ tadelte das Fräulein. „Sehen Sie mal, an der rechten Seite spannt sich die Seide viel zu sehr. Was haben Sie denn gemacht? Warum messen Sie denn nicht besser? Beide Seiten müssen doch egal sein.“ Der Ton war sehr unfreundlich, die Direktrice spielte sich auf. Olga bekam einen roten Kopf. Sie wußte, sie war sorgfältig gewesen, aber sie sagte nichts, sie bückte sich, um Stednadeln aufzuheben. Da sagte die Dame mit einem so lebenswürdigen Lächeln, daß Olga ihr Beleidigt-sein vollkommene vergaß: „Da dürfen Sie dem Fräulein keine Bornwürme machen, Fräulein Hübsling, es ist meine Schuld. Meine rechte Hüfte ist bedeutend stärker als die linke. Das kommt vom Kindertragen. Ich habe meine kleine Rilly so viel herumgeschleppt. Das Fräulein hier hat ihre Sache tadellos gemacht.“ Und ein so freundschaftlicher Blick traf die Arbeiterin, daß sie ihn wie Sonnenschein empfand. Olga dachte an diesen Blick, an dieses Lächeln der schönen Frau bei der mühsamen Arbeit. Sie gab sich ganz besondere Mühe und arbeitete mit Anspannung, mit einer Hingabe an die Arbeit, wie sie diese nicht immer in gleicher Weise aufbrachte. Sie war abgelenkt. (Fortsetzung folgt.)



Berlin und die Hochbahn. Ein Vertragsskandal.

Die Stadt Berlin führt bekanntlich gegen die Hochbahn einen Prozeß um die Gültigkeit der 50 000 Vorkaufsscheine...

Daneben ging aber eine Zeitlang eine andere städtische Aktion, die sich auf den Ankauf der Hochbahn durch die Stadt bezog...

Trotzdem wird die Hochbahn gezwungen sein, auf die Dauer irgendeine Verständigung mit der Stadt zu suchen...

Das Fremdenverkehrsbureau der Stadt Berlin will für das nächste Jahr eine wohlorganisierte Wettbewerb...

bureau der Stadt Berlin, provisorisches Bureau: Doffauer Str. 1. bis zum 21. November nähere ausführliche Mitteilungen zu machen.

Ein Beitrag zur Wohnungsnot. Normung und Typung als Ausweg.

In dem Verein für Bauingenieurwesen hielt Baurat Lübbert über die Frage der Normung und Typung im Hochbau einen Vortrag...

Nach Ansicht Lübberts ist bei uns die Hochbauwirtschaft sehr rückständig. Die Fortschritte, die gemacht sind, beziehen sich im wesentlichen auf den Warenhaus- und Hotelbau...

Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung.

Am nächsten Donnerstag, den 19. November, wird die Berliner Stadtverordnetenversammlung zu ihrer ersten Tagung unter der Leitung ihres Alterspräsidenten...

Die erste Probe auf die neue Parteikonstellation im Rathaus wird die Wahl des Präsidiums sein. In den letzten Jahren war die Vorherrschaft politisch außerordentlich unfruchtbar...

Sehr eifrig wird in bürgerlichen Kreisen über die künftige Parteikonstellation im Rathaus arabelt.

Es ist merkwürdig, wie koalitionsfreudig auf einmal gewisse Leute geworden sind. In der alten Stadtverordnetenversammlung wurde die Lage dadurch gekennzeichnet...

Aufwertung der städtischen Anleihen.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin, Dr. Raier, hat zum Treuhänder für die Wahrung der Interessen der Gläubiger...

Zu einem Schulbau kein Geld?

In Raulsdorf-Süd, das zum Verwaltungsbezirk Dichtenberg gehört, herrscht Erregung wegen der Stifterung des von der Bezirksversammlung Dichtenberg...

Wetter für Berlin und Umgebung. Beschleide Windstille mit etwas Schnee bei leichtem Frost.

„Ein Lebenskünstler“ Nach dem Roman von Richard Voss. National-Film-Wochenstipplene an jeder 2. Littessala.

Der Abbau der italienischen Zollmauer.

Ausfuhrsteigerung und italienischer Handelsvertrag.

Die Nachkriegszeit hat in der ganzen Welt die Zollmauer gewaltig erhöhen lassen. Jede Bresche in diese Mauer ist für die wirtschaftliche Befriedung der Welt von der größten Bedeutung. Für Deutschland sind Handelsverträge besonders wichtig, weil die läckenlose Schutzzollpolitik der Rechtsparteien den Abschluß von Handelsverträgen erschwert. Nur das Höchstmaß des internationalen Warenaustauschs verbürgt auch die bestmögliche Produktionssteigerung in den einzelnen Ländern. In dieser Richtung ist der kürzlich abgeschlossene italienische Handelsvertrag ein bedeutungsvoller Schritt.

Wir haben gestern die Einfuhrbereicherung gekennzeichnet, die Deutschland durch den Abbau der deutschen Zollmauern gegenüber italienischen Produkten erfährt. Heute wollen wir die Bresche betrachten, die der Vertrag in die italienischen Zollmauern gelegt hat und durch die die deutsche Industrie jene Ausfuhrförderung erfahren soll, die die Erweiterung des italienischen Absatzes in Deutschland durch die Erweiterung des deutschen Absatzes in Italien kompensiert.

Die Ausfuhrsteigerung, besonders von höchst veredelten Produkten, ist für die deutsche Volkswirtschaft lebenswichtig, weil Deutschland ein hochentwickelter Industriestaat ist. Sie ist für die deutsche Arbeiterschaft doppelt wichtig, weil die starke Ueberzeugung der deutschen Industrie um so schwerer in Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit sich auswirken muß, je niedriger die Lebenshaltung ist und je geringer die Exportmöglichkeiten sind. So wirkt die gesunde Steigerung des Exports auf die Lebenshaltung und den Beschäftigungsgrad der arbeitenden Massen und dieser auf die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit und des Absatzes im Ausland zurück.

Wir geben im folgenden einige Beispiele, die zeigen sollen, wie vielfältig die deutsche Industrie von den Zollermäßigungen des italienischen Handelsvertrages profitieren kann und wie groß die Abschlüsse sind, die für die Einfuhr deutscher Waren gegenüber dem italienischen Zolltarifgesetz vom 9. Juni 1921 eintreten. Dabei ist zu beachten, daß die Meistbegünstigungsklausel der deutschen Industrie zugleich auch alle jene Einfuhrvorteile sichert, die bereits anderen Staaten zugestanden worden sind oder noch zugestanden werden.

	Sätze des ital. Zolltarifes	neue Vertragsätze in Goldlire	
Wachstuch aus Baumwolle	90,—	78,—	p. dz
Strümpfe aus Baumwolle	540,—	493,—	p. dz
Wolle	80,—	27,—	
Worten, Bänder, Pofamenten			
a) Wolle	450—380	390—288	
Kunstseidene Strümpfe	32—24	24—18	p. kg
Eisenlegierungen	28,80	23,40	p. dz
Stahlbleche	4,50	3,00	
Eisen- und Stahldraht	34,50	27,60	
Desgl.	49,—	42,—	
Gusseisernes Material für Eisen- und Straßenbahnen	28,80	24,—	

	Sätze des ital. Zolltarifes	neue Vertragsätze in Goldlire	
Eisen und Stahl, geschmiedet und gepreßt	43,20	33,60	
Federn aus Stahl	48,80	31,20	
Schloßer, einfache	80,—	60,—	
Scheren aus Eisen und Stahl	105,—	84,—	
Messerwaren	300,—	157,50	
Große Verbrennungsmotore	32,40	28,40	
Dampfessel	28,80	19,80	
Wirtl. Werkzeugmach. (10-50 dz)	48,—	38,40	
Müllereimaschinen	88,—	27,—	
Eiserne Heizöfen und Herde	40—24	35—21	
Automat. Wagen (25—150 kg)	100,—	75,—	
Elektrische Apparate	200—80	120—45	
Kreis- und Wandlügen	100—60	70—45	
Chirurgische Instrumente	600,—	520,—	
Theatergläser und Feldstecher	27,—	18,—	p. St.
Linfen (bearbeitet)	600,—	450,—	p. dz
Porzellan	112,50—87,50	67,50—52,50	
Karben	70—80	42—22,50	
Papier	33,75	27,—	
Spiegel	225—150	180—120	
Wendel- und Wanduhren	600,—	390,—	
Lokomotiven	54,—	45,—	

Wie man sieht, sind die Zollabschlüsse für die Einfuhr deutscher Waren in sehr zahlreichen Fällen beträchtlich. In einer Anzahl von Fällen gehen sie nahe an 50 Proz. Bei den für die Solinger Industrie wichtigen Messerwaren ist der Abschlag sogar nicht unbeträchtlich größer. Bei einer großen Anzahl von Waren, die in den obigen Beispielen nicht berücksichtigt sind, wie Bett- und Tischwäsche, Spezialstählen, Blechen aus Eisen oder Stahl u. a. erfolgt die Zollermäßigung durch die Senkung der Proz. oder Prozentzuschläge, die auf die entsprechenden Grundpositionen erhoben werden. So ist bei Bett- und Tischwäsche der 20prozentige auf einen 10prozentigen, bei genähten Seidenwaren der 75prozentige auf einen 50prozentigen Zuschlag ermäßigt. Bei Sonderstählen und bei Blechen aus Eisen oder Stahl schwankt die Senkung dieser Zuschläge zwischen 25 und 50 Proz.

Den italienischen Zugeständnissen für die Einfuhr deutscher Waren in Italien stehen natürlich die deutschen Zugeständnisse für die Einfuhr italienischer Waren in Deutschland gegenüber. Ueber die Bedeutung solcher gegenseitigen Zugeständnisse darf man sich nicht täuschen. Im internationalen Handelsverkehr gibt es weder Geschenke, noch können die Vertragspartner darauf ausgehen, wie es die Art natürl. Unternehmer ist, den anderen möglichst gründlich übers Ohr zu hauen. Den Erfolg im internationalen Handel kann nur die Steigerung der Produktionsintensität und die wachsende Verbesserung der Produkte bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität bringen. Erst dann kommt eine internationale Arbeitsteilung zustande, die für alle Völker zugleich den höchsten Ertrag und die höchste Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaft sichert.

Der Kampf um die Schutz- und Vorratsaktien.

In einem öffentlichen Vortrags- und Diskussionsabend, den die Vereinigung für Aktienrecht am Dienstagabend veranstaltete, kam die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Frage der Schutz- und Vorratsaktien deutlich zur Geltung. Daß der Kapitalismus eine zunehmende Bergesellschaftung der Produktionsverhältnisse (nicht schon Sozialisierung der Produktion) mit sich bringt, die sich auch in der sogenannten „Demokratie“ des Aktienbesitzes und des Aktienrechts äußert, war schon eine Erkenntnis von Karl Marx. Daß der Hochkapitalismus aber, gefördert von der Inflation, durch die vielstimmigen Schutz- und durch die Vorratsaktien nicht nur diese Demokratie beseitigt, sondern auch die Kapitalzufuhr und das kapitalistische System von Grund aus gefährdet, für diese Feststellung der Vereinigung für Aktienrecht muß man dankbar sein. Die bürgerlichen Fachleute bestätigen damit das furchtbare Ausmaß der Zerrüttung, in die das Wirtschaftsführertum Deutschlands ihr eigenes Wirtschaftssystem gebracht hat.

Das Ausmaß der Entrechtung der Aktionäre übersteigt allerdings jedes erwartete Maß. Nicht weniger als 80 bis 85 Proz. aller an der Berliner Börse notierten Gesellschaften waren 1924 mit vielstimmigen Schutzaktien versehen, gegenüber rund 20 Proz. noch im Jahre 1922. In einzelnen Fällen gewährten $\frac{1}{1000}$, $\frac{1}{10000}$, $\frac{1}{100000}$ des Aktienkapitals bereits annähernd die Hälfte aller Stimmen. Dabei soll in keinem einzigen Falle nachweisbar sein, daß eine Ueberrendungsgefahr vorgelegen hat, gegen die angeblich die Stimmrechtsaktien geschaffen worden sind. Mit Hilfe der mehrstimmigen Vorratsaktien, denen noch eine Rente garantiert ist, bleibt den Stammaktionären bei der heutigen Lage der Industrie nur noch eine Beteiligung am Verlust.

Auch der Schiefer darüber wurde vorsichtig gelüftet, weshalb der Widerstand gegen die Beseitigung der Mehrstimmrechts- und Vorratsaktien so hartnäckig ist. In ihrem Besitz liegen nämlich in den meisten Fällen die Großbanken, die auf die in den mehrstimmigen Aktien liegende gewaltige Herrschaft (abgesehen von der sicheren Zinsrente) um keinen Preis verzichten wollten. Der Einfluß der Großbanken (die natürlich jede Diskussion in der Öffentlichkeit wie das Feuer scheuten) beeinflußt auch weitgehend die Stellungnahme der Regierungen und selbst der Zulassungsstellen der Börsen. Jeder, der in dieser Sache gegen die Großbanken auftritt, mußte dafür sorgen, daß ja sein Name den Großbanken nicht bekannt werde. Für die Beseitigung der Mißbräuche seien die Richtlinien der Zulassungsstellen vom September dieses Jahres absolut unzulänglich. Es gebe keinen anderen Weg, als das strikte Verbot der Mehrstimmrechts- und der Vorratsaktien (das von uns schon längst gefordert wurde, Red. d. „V.“), wenn die in- und ausländische Kapitalzufuhr für die Industrie auf die Dauer nicht unmöglich gemacht werden sollte. Für Unternehmungen von öffentlichem Interesse, wo die Ueberrendung eine ernsthafte Gefahr wäre, wären Ausnahmen mit staatlicher Kontrolle zureichend. Frankreich, Italien, Holland, die Schweiz und andere Länder hätten die Beseitigung der Schutzaktien entweder schon vollzogen, oder vorbereitet. Nicht ohne Reiz war der Hinweis eines Diskussionsredners, daß die Vereinigung für Aktienrecht, so begründet ihr Vorgehen sein möge, an der passiven Seite des Hochkapitalismus sorgloser vorgehe, als an seinen Auswirkungen für die Aktionäre.



REEMTMA ERNTE 23

kosten in stets gleicher Mischung der noch für lange Zeit reichenden Tabake aus den gewaltigen Einkaufspartien des berühmten Erntejahres 1923

unverändert
5 Pfg.

K A T O T K A T O T K A T O T

Den sauer verdienten Groschen

müssen Sie richtig anlegen, daher lesen Sie nicht nur diese Preise, sondern lassen Sie sich auch ohne Kaufzwang die Ware vorlegen!

- *Winter-Ulster, II reihig helle u. dunkle Farben, M. 85,- 39.00
- *Winter-Paletots, I u. II reihig marroge und schwarz M. 64,-, 74,-, 80,-, 84,-, 88,- 49.00
- *Rock-Paletots, marroge, blau und braun M. 135,-, 85,- 79.00
- Knaben- u. Burschen-Mäntel, große Auswahl, sehr preiswert
- Winter-Joppen, II reihig warm gefüttert M. 60,- 12.50
- Winter-Joppen, I reihig Sportformen, offen u. geschlossen M. 48,-, 50,-, 52,-, 54,-, 56,- 22.00
- *Pelzjoppen von M. 68,- bis 235,- *Sport-Pelze Gute Form M. 98,- bis 200,-

Winter-Chauffeur-Kleidung

- *Fahrmäntel marroge M. 70,- 59.00
- *Fahrpelze von M. 95.00 bis 280,-
- *Lederjacken braun und schwarz sehr preiswert
- *Anzüge kräftig Cord M. 92,- 64.00
- Herren-Strickwesten gute Qualitäten . . . M. 14.90, 11.00, 9.90, 7.90, 4.90
- Kinder-Sweaters kräftige Winterware . . . M. 3.90, 4.70, 4.10, 3.90, 2.90
- Normal-Kindertrikots wollgemischt M. 3.00, 2.90, 2.60, 2.30, 1.80
- Herren-Futter-Hemden schwere Qualität, stark angeraut 6.50
- Herren-Futter-Hosen stark angeraut M. 4.90, 3.90, 4.90, 3.90
- Herren-Normal-Hemden wollgemischt . . . M. 3.90, 3.90, 4.10, 3.90, 2.90
- Herren-Normal-Hosen wollgemischt M. 4.90, 4.70, 3.90, 3.90, 2.60
- Herren-Barchent-Hemden gute Qualität . . . M. 3.70, 4.30, 3.90, 2.90

Die mit einem * versehenen Artikel sind nur in den mit * bezeichneten Geschäften erhältlich.

K O H N E N & T O R I N G

Hauptgeschäft: Berlin, *Alexanderstraße 12
Zweiggeschäfte: *Rosenthaler Str. 53 / Brunnenstr. 125 / Boxhagener Str. 30 / Wiener Straße 11 / Landsberger Allee 148 / Frankfurter Allee 223 / *Neukölln, Bergstr. 65 / *Friedrichshagen, Friedrichstraße 76 / Niederschöneweide, Brückenstraße 15

K A T O T K A T O T K A T O T

Briefmarken-Sammlung
umfänglichster billigt zu verkaufen. Off.
unt. U 1625 an Rudolf Mosse, Char-
lottenburg, Rantstraße 34.

Metallbetten
Stahlmatratz. Kinderbetten aus 20 Pfg.
Kat. 630 fr. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts

Pelzwaren
kaufen Sie gut und billig
Berlin, Neue König-
straße 21, 2 Treppen.
Schlesinger.

Die Krise im Maschinenbau.

Interessante Ausführungen zu der kritischen Zuspitzung der Lage im Maschinenbau bringt auch diesmal der Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten für den Monat Oktober, in dem es heißt:

Bei spärlichem Zugang neuer Aufträge war die Maschinenindustrie im Oktober hauptsächlich nur mit der Aufarbeitung alter Auftragsbestände beschäftigt, so daß weitere Betriebseinschränkungen und Arbeitszeitverkürzungen nicht zu vermeiden waren. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit dürfte im Berichtsmonat um eine weitere Stunde abgenommen haben.

Da der Rückgang der Beschäftigung bei den Gießereien am stärksten war, ist von hier aus mit dem Produktionsprozeß fortschreitend, in den nächsten Monaten eine weitere Verschlechterung der Lage des gesamten Maschinenbaues zu erwarten, wobei allerdings auch der in vielen Zweigen der Maschinenindustrie saisonmäßig bedingte Rückgang in den Wintermonaten zu berücksichtigen ist.

Eine besonders empfindliche Abnahme der Bestellungen verzeichneten im Oktober der Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinenbau sowie die mit der Herstellung von Baummaschinen beschäftigten Werke. Der Apparatebau leidet auch unter den gegenwärtigen Schwierigkeiten seines Hauptabnehmers, der chemischen Industrie. Die geringe Nachfrage nach Stahl- und Walzwerkeinrichtungen machte Betriebseinschränkungen nötig, oder ließ solche für die nächsten Monate in Aussicht nehmen. Die beengte Lage des Lokomotivbaues konnte durch Auslandsaufträge nicht gebessert werden. Die Textilmaschinenindustrie zog noch vielfach Nutzen von dem lebhaften Geschäftsgang in Teilen der deutschen Textilindustrie, insbesondere der Seidenweberei.

Verbaut begrüßt wurde in der deutschen Maschinenindustrie der gerade noch am Monatsende zustande gekommene

Abbruch des deutsch-italienischen Handelsvertrages.

Der der Maschinenindustrie einige Zollherabsetzungen und die für ihre langfristigen Geschäfte besonders wertvolle Sicherheit gebracht hat, so daß von ihm eine Belebung der Ausfuhr erhofft werden kann. Der inzwischen ausgebrochene Zollkrieg mit Spanien wird leider in entgegengesetzter Richtung wirken. Der überhandnehmende geschäftliche Rückgang in der Maschinenindustrie ist nichts anderes als eine

Teilercheinung der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise.

die in zunehmendem Maße auch auf dieses Gebiet übergreift. Die verhängnisvolle Zerrüttung unseres gesamten Produktionsapparates durch Weltkrieg, Friedensdiktat und Inflation hätte mit dem Fallen des Inflationschleiers und dem Wiederanschluß an die Weltwährung durch die Stabilisierung schon im November 1923 sich auswirken und bereits damals zu der unvermeidlichen schweren Gesundungskrise führen müssen. Dieser Zeitpunkt wurde jedoch zunächst dadurch hinausgeschoben, daß sich bis April 1924 durch die Kreditpolitik der Reichsbank unser Geldumlauf verdreifachte. Als sich dann angesichts der drohenden Inflationsgefahr die Reichsbank zu einer scharfen Kreditbeschränkung entschloß, wäre wiederum der Ausbruch der Krise unvermeidlich gewesen, wenn nicht seit der Annahme des Dawes-Planes August 1924 der immer mehr anschwellende Strom der Auslandskredite eingeleitet hätte. Nachdem aber jetzt in den letzten Monaten der Zufluß von Auslandskrediten einen Höhepunkt erreicht zu haben scheint, beginnt nunmehr die Krise um so schärfer in die Erscheinung zu treten, als es sich bei den Auslandsanleihen zumeist um kurzfristige Darlehen handelt, die jetzt ihrem Heimfall entgegengehen. Gegenüber den Anzeichen, die diese Krise als besonders schwer kennzeichnen, muß mit Nachdruck betont werden, daß es sich um einen

Reinigungs- und Gesundungsvorgang

handelt, von dessen Endergebnis die Wiederherstellung unserer Wettbewerbsfähigkeit abhängt.

Die wirtschaftliche Wiedergenehung darf indessen nicht durch staatliche Eingriffe gestört und gehindert werden. Vielmehr muß von der Wirtschaftspolitik des Staates verlangt werden, daß sie alles in ihren Kräften Stehende tut, um die schmerzlichen Schäden zu mildern und die hellenden Wirkungen zu unterstützen. Hier hat die Reichsregierung zwar außenpolitisch unter zäher Ueberwindung großer Schwierigkeiten den Grund zu einer gesunden Weiterentwicklung gelegt, gleichzeitig aber nicht nur handelspolitisch, sondern vor allem auch steuerpolitisch schwere Fehler begangen, die die Wirtschaft in ihrer heutigen Lage doppelt bitter empfindet.

Der Bericht schließt mit einer durch ihren Mangel an positiven Vorschlägen recht unfruchtbaren Polemik gegen die Finanzpolitik des Reiches und der Gemeinden. Auch gegen die Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Gemeinden wendet sich der Verband. Diese Stellungnahme ist um so merkwürdiger, als es dem Verband Deutscher Maschinenbauanstalten ein leichtes ist, festzustellen, ein wie großer Teil der Maschinenaufträge der letzten Zeit ausschließlich aus den Händen jener Gemeinden kam, die ihre durch Krieg und Inflation veralteten und unzulänglichen Werkanlagen erneuern und ausdehnen mußten. Die Maschinenindustrie sagt einen Akt, auf dem sie sitzt, selbst ab, wenn sie den Gemeinden eine gesunde Ausdehnung ihrer Produktionsanlagen versagen will; und darauf läuft es im letzten Ende hinaus, wenn man den Gemeinden die notwendigen Steuern und die notwendigen Anlagengelder entziehen möchte.

Im ganzen ist jedoch der Bericht ein neuer Beweis für die schweren Folgen der durch eine falsche Lohn-, Preis- und Zollpolitik der Unternehmer heraufbeschworenen Wirtschaftskrise, die in ihrer größten Schärfe zunächst die Arbeiterschaft drückt; denn diese ist es, die unter den Betriebsstilllegungen und Einschränkungen auf das schwerste zu leiden hat.

Eine neue Reichsgetreidestelle als Subventionsbank? In landwirtschaftlichen Kreisen wird gegenwärtig sehr lebhaft der Gedanke erörtert, ob es nicht zweckmäßig sei, an Stelle der im Abbau befindlichen Reichsgetreidestelle ein neues Institut ins Leben zu rufen, dem neben der Regulierung der Getreidepreise im Inlande noch gewisse andere Aufgaben im Interesse der Landwirtschaft zu übertragen wären. Man denkt, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ zuverläßig erfährt, hierbei hauptsächlich an ähnliche französische Einrichtungen, bei denen der Landwirt gegen Ablieferung von Getreide in den unter staatlicher Aufsicht stehenden Silos ziemlich weitgehende Kredite erhält. In der Befürwortung dieser Pläne sind sich anscheinend alle größeren deutschen landwirtschaftlichen Organisationen einig. Auch im Reichsernährungsministerium stehen maßgebende Persönlichkeiten diesen Plänen wohlwollend gegenüber. In landwirtschaftlichen Kreisen, in denen man bekanntlich früher sehr scharfe Kritik an der Reichsgetreidestelle übte, ist durch die starken Verluste, die infolge der heftigen Preisschwankungen in der letzten Zeit eintraten, die Meinung befestigt worden, daß eine gewisse Regulierung der Getreidepreise notwendig sei. Man sieht auch der Entwicklung am Futtermittelmarkt für die ersten Monate des kommenden Jahres mit großer Sorge entgegen. Ein gewisser Widerstand gegen die erwähnten Pläne macht sich allerdings in den Kreisen der Mühlen und des Getreidehandels bemerkbar. Die Gesamtvorräte der Reichsgetreidestelle belaufen sich zurzeit noch auf etwa 80 000 Tonnen.

Aktien gegen Bankschulden. Die Methode, Bankschulden durch Vergabe von Aktien abzulösen, scheint neuerdings wieder ein-

mal größeren Umfang anzunehmen. Die optischen Werte vorm. C. P. Goerz A.-G. beschlossen in der gestrigen Generalversammlung, ihr Aktienkapital um 1,4 Millionen Mark auf 8,4 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden nicht den Aktionären zum Bezuge angeboten, sondern den an die Bankengruppe der Gesellschaft, die sie zu Bari übernimmt und dienen, wie erwähnt, zur Abdeckung von Bankschulden. Gleichzeitig wurde der Interessen-gemeinschaftsvertrag mit der bekannten photographischen Firma Ica-Dresden genehmigt, der Vertrag ist wahrscheinlich nur der Vorläufer zu einer späteren Fusion. Ueber den Geschäftsgang wurden keine wesentlichen Mitteilungen gemacht.

Wiederherstellung des internationalen Sprengstofftruffs. Der Weltkrieg verhinderte, daß die internationalen Sprengstoffkonzerne gegenseitig durch eine Interessengemeinschaft verbunden blieben. Die seit 1915 (mit Rückwirkung bis zum Kriegsausbruch) gelösten Verbindungen werden jedoch heute, nachdem die Verhältnisse der deutschen Firmen sich geklärt haben und die internationale Wirtschaftskrise eine neue Verbindung nahelegt, wieder hergestellt und gleichzeitig erweitert. Die in letzter Zeit geführten Verhandlungen zwischen der englischen Nobel-Dynamit-Gesellschaft, der amerikanischen Dupont-Gesellschaft, der Deutschen Dynamit-Aktiengesellschaft in Hamburg und der Köln-Rottweil-A.-G. in Berlin sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Das Abkommen sieht ein enges technisches Zusammenarbeiten, insbesondere beim Austausch von Patenten und Erfahrungen auf den alten und inzwischen auf beiden Seiten neu ausgenommenen Gebieten vor (insbesondere Kunstseide). Im Zusammenhang damit werden die Dynamit-Aktiengesellschaft Hamburg und die Pulver- und Kunstseidenfabrik Köln-Rottweil ihr Aktienkapital je um 7½ Millionen Mark erhöhen. (Dynamit-A.-G. Hamburg hat ein Goldkapital von 30 Millionen, Köln-Rottweil ein solches von 29,17 Millionen. Die beiden Gesellschaften erhöhen ihr Aktienkapital also um etwa ein Viertel.) Die Kapitalerhöhung der beiden deutschen Gesellschaften erfolgt nicht aus dem deutschen, sondern aus dem englisch-amerikanischen Kapitalmarkt. Die entsprechenden Aktien werden von einem mit den ausländischen Mitspielern des neuen Truffs nahestehenden Konfortium übernommen.

Eine Auslandsanleihe der Stadt Frankfurt a. M. Die Stadt Frankfurt a. M. hat nunmehr die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von vier Millionen Dollar in Amerika als erste Rate erhalten. Der Antrag war auf Erteilung einer Genehmigung für eine Anleihe von sieben bis acht Millionen Dollar gestellt worden.

Die große Auslandsanleihe des Kalifornikats. Der Ausschussrat des deutschen Kalifornikats ermächtigte einstimmig den Vorstand zur Aufnahme einer zum Handel im Ausland bestimmten Anleihe von 40 Millionen Dollar und 2 Millionen Pfund Sterling als erste Serie eines zulässigen Betrages von 75 Millionen Dollar. Die Anleihe soll mit 7 Prozent verzinslich und innerhalb 25 Jahren durch jährlichen Rückkauf zum Börsenpreis oder Auslösung zu 102½ Proz. tilgbar sein, vorbehaltlich gewisser früherer Kündigungsbedingungen. Sie soll durch Bürgschaft der Kalkwerke in Höhe ihres Anteils an der Anleihe, ferner durch Sicherungshypothek in Höhe der Bürgschaft und durch monatliche Retentionierung der Erfordernisse des Zinsen- und Tilgungsdienstes aus dem Kalkabfall nach Amerika und Großbritannien, eventuell auch nach anderen Auslandsgebieten gesichert werden. Der Ausgabebau unterliegt noch der Vereinbarung bis zum Tage des öffentlichen Angebots der Schuldverschreibung an den ausländischen Börsen.

Musikaufträge

überallt man nur dem Nachweis des Deuts. Musikerverbandes, Berlin O27, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch



KAISER'S KAFFEE IST DER BESTE

Kaiser's Sonderangebot:

Marke Kaffeekanne

**FREITAG U. SONNABEND
IN ALLEN FILIALEN
GROSS-BERLINS**

KAISER'S KAFFEE
ausgewählte Mischungen
Pfund M. 2⁴⁰ 2⁶⁰ 3⁰⁰ 3⁴⁰ 3⁸⁰ 4⁰⁰ 4²⁰ 4⁶⁰

KAISER'S TEE
feine Mischungen, lose
Pfund M. 4⁰⁰ 4⁶⁰ 5²⁰ 6⁰⁰ 7⁰⁰ 8⁰⁰
in Paketen 100 gr.
90 Pf. 1⁰⁰ 1¹⁵ 1³⁰ 1⁵⁰ 1⁷⁰
in Paketen 50 gr.
50, 55, 60, 70, 80, 90 Pf.

**KAISER'S KAKAO
SCHOKOLADE U. PRALINEN**
feinste Qualitäten in allen Preislagen

N.
Badstr. 18 Brunnenstr. 76
Chausseestr. 33
Greifswalder Str. 1
Kastanienallee 36a
Landsberger Allee 29
Müllerstr. 166
Reinickendorfer Str. 18
Schönhauser Allee 110
Traskowstr. 18

O.
Gubener Str. 51
Grüner Weg 40
Kopernikusstr. 18
Krautstr. 48b
Petersburger Str. 81
Stralauer Allee 23b

SO.
Dresdener Str. 115
Naanderstr. 37
Oranienstr. 1
Reichenberger Str. 123
Wrangelstr. 23

S.
Bergmannstr. 93
Gräfestr. 25

W.
Culmstr. 1
Genthinerstr. 26
Gleditschstr. 45
Lützowstr. 83

NW.
Alt Moabit 112
Beusselstr. 29

**Luisenstr. 43/44
Stephanstr. 42
Turmstr. 47a
Wilsnackerstr. 30**

C.
Alte Schönhauserstr. 30
Charlottenburg
Berlinerstr. 115
Dankelmannstr. 58
Grolmannstr. 14
Holtzendorffstr. 4
Kaiser-Friedrichstr. 55
Kleiststr. 19
Knobelsdorffstr. 3
Suarezstr. 15
Taurogenerstr. 12
Uhlandstr. 32
Wilmerdorfer Str. 71
126
148

Spandau
Breite Str. 49
Hamburger Str. 35
Jägerstr. 1
Neuendorfer Str. 5
Potsdamer Str. 1a
Schönwalder Str. 88

Berlin-Lichtenberg
Boxhagener Str. 68
Frankfurter Allee 60
Frankfurter Allee 101
Frankfurter Allee 224
Wilhelmstr. 10

Berlin-Wilmersdorf
Berliner Str. 131
Nürnberger Str. 33/34
Olivaerplatz 2 Wexstr. 28

Neukölln
Bergstr. 140
Hermannstr. 40
Hermannstr. 119
Kaiser-Friedrichstr. 242

Berlin-Steglitz
Rheinstr. 42 Schloßstr. 85

Berlin-Schöneberg
Kolonnenstr. 66
Tempelhofstr. 21

Berlin-Oberschöneberg
Edisonstr. 58
Wilhelminenhofstr. 41

Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 25
Baumschulenweg, Baumschulenstr. 19-20
Britz, Chausseestr. 47
Friedrichsfelde, Berliner Str. 40.
Hermadort, Bahnhofstr. 17
Hohenschönhausen, Berliner Str. 113
Lichterfelde-W, Hindenburgdamm 54-55
Mauendorf, Chausseestr. 34
Pankow, Schönholzer Str. 1
Reinickendorf, Residenzstr. 107
Rosenthal, Hauptstr. 10
Südende, Steglitzer Str. 25
Schmargendorf, Breits Str. 22a.
Tegel, Berliner Str. 4
Tempelhof, Berliner Str. 55
Weißensee, Berliner Allee 242

Weitere Filialen in
Cöpenick, Schöner 1
Friedrichshagen b Berlin, Friedrichstr. 86
Nowawes, Friedrichstr. 20
Potsdam, Brandenburger Str. 20
„ Neuenar, Str. 38

KAISER'S KAFFEE · GESCHÄFT

Die unbarmherzige Zahl.

November 18. Wald von Compiègne. Hier und da das Schußloch eines schweren Treffers, ein paar Bäume zerfetzt, zersplittert, der Boden verwühlt wie im Kampf. Hier und da ein Soldatenkappi, eine verlorene Waffe. Rebel, Dunst, schwere, feuchte Witterung. Wie ein Geruch von Tod und Kampf, wie Buchten furchtbaren, unahmenden Schicksals lastet es über dem Wald, raum es von Baum zu Baum. Auf dem Schienenstrang durch den Wald der Ertrag des Marschalls Foch. Der Oberbefehlshaber der Heere der Welt, der Amerikaner, der Engländer, der Franzosen, der Belgier, der Italiener, der Portugiesen empfängt die deutsche Waffenstillstandskommission. Erzberger, der Deutsche, hofft noch den Schein wahren zu können — vielleicht ist er selbst sich noch gar nicht bewußt, daß es hier kapitulieren heißt. Er erklärt, daß er gekommen sei, um über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Mit drüster Handbewegung bricht ihn Foch ab. Nichts von Adel, nichts von Feldherrngröße an sich, wie ein schlechter Unteroffizier herrscht er ihn an, höhnisch und prägnant: Sie wollen die Bedingungen wissen, zu denen das deutsche Heer Waffenstillstand haben kann — da sind sie. Nichts von Verhandeln, er kennt nur zwei Dinge. Entweder nehmen die Deutschen an, oder die Schlacht geht weiter.

Das war Compiègne. Compiègne, wo die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten, wo die idealismustreibenden Reden Lloyd Georges und Wilsons zum ersten Male von der Siegerfaust beiseite geschoben wurden, bis sie in Versailles endgültig eingefügt wurden in jenen Traktat, der sich Versailler Friedensvertrag nennt.

Erzberger nahm an, weil er annehmen mußte. Es gab keinen Ausweg. Niemand in ganz Deutschland hatte eine Wendung des Kriegsglücks auch nur in matten Andeutungen zeichnen können. Foch hatte recht. Er konnte marschieren lassen. Es hätte ihn ja „nur“ soundsoviel Tote täglich, soundsoviel mehr vermühtete belgische, französische und — bald auch — lothringische und elsässische Dörfer getötet. Was schierten ihn die Toten, so lange neue kamen, frische Leute aus Amerika, Kanada, aus den schwarzen Rekrutendepots Frankreichs. Was schierten ihn die elsässischen und lothringischen Dörfer, die am 14. November von seinen Geschützen in Grund geschossen werden sollten, sie waren ihm nur brennende Stegesanale für seinen Einzug in Berlin. Denn daß der einmal kommen mußte, war bestimmt. Ob es schon im Januar 1919 würde, oder im März, oder erst im April — sein Plan waren fertig. Er hatte Zeit. Er mußte, daß Amerika bis Juli 1919 ihm fünf Millionen Truppen liefern würden, daß das amerikanische Bauprogramm für schweres Kriegsmaterial bis in das Jahr 1920 hinein lief.

Und Erzberger mußte — ebenso gut wie alle deutschen Generale, auch die, die sich vor der Verantwortung drückten und Ausflüchte machten, wenn sie zur Keulherung aufgefordert wurden —, daß Deutschland geschlagen war.

Das Kriegsglück ist mit den stärksten Bataillonen. Die Zahl ist entscheidend im Krieg. Und die Zahlen im November 1918 waren unbarmherzig, unbarmherzig gegen Deutschlands Kriegsaussichten. Während die Alliierten 96 Frontdivisionen an der Westfront hatten, konnte Deutschland nur noch mit 58 unvollständigen, ausgehungerten, durch langen kämpfenden Rückzug zermürbten Divisionen rechnen. Der französische General Ranguin rechnete alle Divisionen zusammen und stellte fest, daß an allen Fronten 205 alliierte Divisionen, von denen 103 in Reserve lagen, vorhanden waren. Auf dem Papier hatte Deutschland allerdings auch noch 184 Divisionen, aber nur 17 von ihnen lagen in Reserve. Und während Foch 26 französische und 34 amerikanische Divisionen um Reg konzentrieren konnte, um Mitte November mit einem gewaltigen Aufgebot von Stoßtruppen, Tanks, schwerer Artillerie und Fliegern in Lothringen einzuweichen und Reg, den südlichen Schlüssel der deutschen Rheinstellung, einzuschließen und zu erobern, mußte Deutschland Kräfte abschleppen nach Tirol, wo die Italiener freien Einmarsch hatten, nach dem Böhmerwald und dem Riesengebirge, um Deutschlands Grenzen gegen die Tschechen zu schützen, nach Osten, wo die Polen ihren Aufstand vorbereiteten.

Unbarmherzig sind die Zahlen, welche man auch herausnimmt aus dem Gewimmel der Statistik. Amerikanische Berechnung zählt im November 1918 6 427 000 Mann alliierte Soldaten gegen 3 562 000 Deutsche.

Deutschland soll in jenen Novembertagen rund 3000 Flugzeuge an der Front gehabt haben. Frankreich besaß 3900, England 2100, Italien 600 und Amerika 860 Kampfflugzeuge. Rund 2000 alliierten Tanks hatte Deutschland an 200 entgegenzusetzen.

Unbarmherzig sind die Zahlen, Bahnsinn wäre weiterkämpfen gewesen. Deutschland war besiegt. Ob es noch mehr Tote opferte oder nicht, konnte am Resultat des Schlachttages nichts ändern. Oder meint man, ein in Berlin diktierter Frieden wäre milder und vernünftiger gewesen als jener in Versailles? Diejenigen in Deutschland, die noch heute vom Dolchstoß reden, deren Besinnungsgegenossen Erzberger ermordeten, können auch nicht ein Moment aufzeigen, das eine Wendung des Krieges nach dem November 1918 andeutet.

Foch war ein guter Rechner, ein fühler Rechner. Er war seiner Sache gewiß, als er am 31. Oktober im Kriegsrat im Trianon gegenüber den alliierten Staatsmännern ausführte:

Wir können, so lange der Feind es wünscht, diese Schlacht von 400 Kilometer fortsetzen, der Stand unserer Armeen erlaubt es uns. Die französischen und britischen Heere sind gewiß mitgenommen, aber sie können fortsetzen. Die amerikanische Armee ist frisch und empfängt jeden Tag Reservisten. Die Moral der Truppen ist ausgezeichnet. Unsere Soldaten sind von ihrer Überlegenheit über den Feind überzeugt. ... So steht der Krieg, beendet im Orient, für uns günstig im Ozean. Wir können ihn, wenn der Feind es wünscht, bis zu seinem völligen Zusammenbruch fortsetzen.

Wollte jemand behaupten, Deutschland hatte ein Interesse an dieser Fortsetzung bis zum völligen Zusammenbruch? Sollte ein solcher Deutscher existieren, so mag er sich bewußt sein, daß er sich in völliger Uebereinstimmung befindet mit dem englischen General Maurice, dem Franzosen Ranguin und all jenen vielen amerikanischen Freiwilligen, die während darüber waren, daß sie nicht als Sieger in Berlin einziehen dürften. Mit dem Wiederaufbau und dem Wohl des deutschen Volkes dagegen hätte solcher Deutscher keine Uebereinstimmung. Compiègne war ein bitterer Tag, aber ein leerer Tag, er war nur die formelle Anerkennung bestehender, unbarmherziger, unabwendbarer Tatsachen ... unbarmherziger Zahlen.

Unsere Erbschaft.

Von Joh. von Kunowski.

Das lang befürchtete, oft besprochene, nie für möglich gehaltene Ereignis war eingetreten! — unsere liebe Tante Appolonia hatte im Alter von neunzig Jahren in Dahlenwarsleben das Zeitliche gesegnet! Ruhe sanft, was unser Wunsch, und wir strichen den 11. August sowie ihren Namen von der Liste unserer Festtagsgratifikationen, wobei wir berechneten, daß wir also nunmehr vierzig Wenigste Porto sowie einige schön bemalte Karten im Jahre sparen würden.

Geerbt hätten wir von Tante Appolonia doch nichts, das war uns ganz klar, denn dazu hatten wir in einem gewissen Selbst-

Das zerschossene Damaskus.



und macht zum Dank ihre Söhne mit den Errungenschaften der Neuzeit bekannt.

haltungsbetrieb eine zu hohe Mauer zwischen uns und der Dahlenwarslebener Tante aufgerichtet. Außerdem war auch eigentlich nicht viel zu erben, und wir verzichteten großzügig, als hundertste Bewerber das Rennen um die alten Möbel mitzumachen.

„Hans,“ sagt da eines Tages meine Frau zu mir, „sieh mal, hier schreibt uns Frau Schend, du weißt, die Freundin von Tante Appolonia, sie hätte uns im Auftrage der teuren Entschlafenen etwas zu übermitteln. Was mag das sein?“

Ich weiß nicht, bei dieser Nachricht überkam mich so ein ungemütliches Gefühl, eine Vorahnung kommender Dinge. Mutig aber bot ich meine Dichterstirn dem Verhängnis, zog meine neuen Schuhe an und trat begleitet von tausend Ermahnungen und Vermutungen meiner Hella schon am nächsten Tage den Weg zu Frau Schend an.

Ich klingelte, Frau Schend öffnet selbst, ich trete mit ihr in den Salon, auf dem Gesicht jenen würdigen Ausdruck, der mir für derartig heikle Missionen vorgeschrieben erscheint.

„Also, mein lieber junger Freund,“ sagt die würdige Matrone, indem sie den völlig unbegründeten Versuch macht, einige Tränen mit ihrem Taschentuch aufzulösen, „unsere gute Appolonia hat mir in ihrer Güte von ihrem irdischen Hab und Gut das hauptsächlichste überlassen. In ein Ding aber knüpfte sie in ihrem letzten Willen noch eine besondere Bedingung, zwar sollte ich auch dieses erben. Sie aber sollen der Rachebe sein. Es ist diese Kaffeemaschine. Wie sie doch an alles dachte, die Gute.“ Bei diesen Worten präsentierte sie mir so eine Art Kaffeemaschine, die ich wohl schon mal irgendwann in Dahlenwarsleben gesehen habe.

„Eigentlich wollte ich sie ja selbst benutzen,“ fährt offenherzig Frau Schend fort, „aber ich komme nicht so gut damit zurecht, trotzdem sie schon in der Reparatur war.“

Gerührt stammelte ich einige Dankesworte, bat um einen Bogen Papier, verpackte die unförmige Maschine und empfahl mich mit dem innigen Wunsch, nie wieder etwas mit dieser aufopferungsfreudigen Wittib zu tun haben zu müssen.

Meine Frau war hingerissen. „Fabelhaft die Maschine, sieht noch wie neu aus, was meinst du, was für einen anregenden Roka ich dir hiermit vorsetzen werde.“ lauteten ihre Begeisterungsrufe. War ich selbst auch mehr als skeptisch, so sah das Ding immerhin ganz dekorativ aus, und ich sah schon im Geist behaglich gedeckten Kaffeetisch, gemütliches Plaudern des Lämpchens, hörte das Brodeln des Wassers, roch den aromatischen Duft.

Am selben Tage noch wurde die Probe gemacht. Es ging alles fabelhaft, das Lämpchen flackerte, das Wasser brodelte, neckisch plätscherte der Kaffee in die Kanne. Gefoxt aber war er kalt und dünner als dünn, trotzdem Hella das Doppelte unseres gewöhnlichen Kaffeequantums hineingab.

„Loh nur, dazu gehört Uebung, ich werde es schon lernen,“ sagte meine Frau, während ich nicht ganz so überzeugt an Frau Schends vergebliche Versuche dachte.

Beim nächsten Male wurde der Kaffee nicht besser, dafür sog aber der Pfropfen des Kessels mit einem furchtbaren Dampfstrahl an die Decke. Meine Frau versuchte es mit Filterpapier, diesmal blieb der Pfropfen, der Kaffee aber erhielt durch zahllose Löschpapierfussel keinen besseren Geschmack. Kurz, es war nichts mit dem Bruchstück.

Reulich nun kommt Vetter Paul zum Kaffee. Meine Frau bereitet den Tisch, in der Mitte steht — die Kaffeemaschine. „Nanu,

du willst,“ frage ich stirnrunzelnd, „laß doch,“ sagt sie, „er versteht doch nichts vom Kaffee und das sieht doch so nett aus.“

Also gut, Paul kommt, wir sitzen um den Tisch, Hella zündet das Lämpchen an, da — eine Feueräule steigt auf, gleitet vom Apparat kreisförmig auf die Decke, die selbstgearbeitete Spitzendecke, es ist wirklich nett anzusehen. Mit einer Wasserarosse lösche ich den Brand. Die Spitzendecke aber war hinüber und ... — und von dem Nachmittage will ich schweigen.

Abends sitzt meine Frau vor dem Torso der Spitzendecke. Föhnförmig blinkt von der Kredenz her die Kaffeemaschine. Da denke ich der guten Frau Schend. „Weißt du, Schah,“ sage ich, „meine Freundin Hella heiratet doch demnächst.“ „Ja,“ sagt meine Frau, „wir sind doch eingeladen.“ „Ra schön, hast du denn schon an das Hochzeitsgeschenk gedacht?“

„Ja, ich dachte, vielleicht eine hübsche ...“

„Wie wäre es denn nun — läßt sich die Maschine da nicht vielleicht so herrichten, daß ...“

Einen Augenblick stuft Hella. „Aber natürlich geht das, sein, das wird ein großartiges Geschenk, sieht so teuer und dekorativ aus.“

Ich schmunzle nur — und denke an meine Rachebe. —

Neues vom Asthma. Das Asthma ist eine vielfach rätselhafte Erscheinung, über die man erst in neuester Zeit eine gewisse Aufklärung erhalten hat. Vielfach ist für den Asthmiker der Ort seines augenblicklichen Aufenthalts ausschlaggebend. So bekam z. B. der arme Arzt von Belmont, der selbst Asthmiker war, jedesmal in Brüssel einen Anfall von Atemnot. Andere Patienten sind an gewissen Orten völlig anfallsfrei, und nur in einer bestimmten Stadt werden sie von ihrem Leiden befallen. Selbst ein Ort in nächster Nähe, z. B. ein bestimmtes Haus, kann für den Asthmiker ein schlechteres oder besseres Klima bieten, und damit ist bewiesen, daß die üblichen klimatischen Faktoren, wie Luftdruck, Sonnenscheindauer usw., bei den Asthma-Anfällen keine Rolle spielen können, denn diese sind ja an ganz nahegelegenen Orten dieselben. Wie Medizinalrat Grimm in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführt, hat man neuerdings den Zusammenhang zwischen gewissen Verunreinigungen der Luft und dem Asthma erforscht. Vom Heufieber oder Heuasthma weiß man schon lange, daß diese Krankheit durch die Heusamen verursacht wird, die vom Wind viele Meilen weit verweht werden. Doch gibt es auch andere derartige Asthma-Erreger. In Italien wurde als Ursache einer Asthma-Epidemie feucht gelagerter Weizen gefunden, und in Holland waren die Erreger im Getreide, Mehl oder Blumenzwiebeln, die feucht waren und lange gelagert hatten. Ein dritter Erreger ist ein ziemlich häufiger Schimmelpilz, der außer Feuchtigkeit auch Wärme braucht und deswegen besonders oft in Füllungen von Matratzen und Kissen gefunden wird, die durch die Körperwärme der Schlafenden erwärmt sind; er entsteht aber auch im Gefieder der Hühner und im Stallmist. Befreitigt man diesen Pilz durch Desinfektion, so müssen auch die auf ihm beruhenden Anfälle aufhören, und daraus erklärt sich wohl die hin und wieder gemachte Beobachtung, daß bei Asthmatikern die Anfälle nach Aufnahme in ein Krankenhaus sofort aufhören, während sie nach der Entlassung wiederkehren. Im Krankenhaus werden nämlich die Betten vorschriftsmäßig desinfiziert. Es ist anzunehmen, daß es auch noch andere Lebewesen gibt, die Asthma erzeugen. Vielleicht sind sie alle auf erhebliche Feuchtigkeit angewiesen, und dadurch wäre es verständlich, daß man schon früher einen Zusammenhang zwischen Feuchtigkeit und Asthma vermutete.

